



Aargauische Industrie- und
Handelskammer

JAHRESBERICHT 2007

Entfelderstrasse 11
Postfach
5001 Aarau

Telefon 062 837 18 18
Telefax 062 837 18 19

info@aihk.ch
info@ahv-aihk.ch

www.aihk.ch
www.ahv-aihk.ch

Vorwort

2007 ist die wirtschaftliche Entwicklung weiter positiv verlaufen. Die meisten aargauischen Unternehmen dürfen auf ein erfreuliches Geschäftsjahr zurückblicken. Das hat sich auch positiv auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Die Zahl der Arbeitslosen ist gesunken und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit hat stark abgenommen. Fachkräfte zu finden ist im Gegenzug schwieriger geworden. Dank der vollen Personenfreizügigkeit mit 17 EU-Staaten lässt sich der Arbeitskräftebedarf aber wenigstens zum Teil vereinfacht aus dem grenznahen Ausland decken.

Die kantonale Politik ist im Berichtsjahr durch Auseinandersetzungen zu Baugesetz, Schulreform und Ausrichtung der Wirtschaftspolitik geprägt worden. Auf Bundesebene haben Wahlen in National- und Ständerat stattgefunden. Erfreulicherweise sind alle wirtschaftsrelevanten Abstimmungen im Sinne unserer Parolen ausgegangen.

Die Gesamtzahl unserer Mitgliedunternehmen haben wir 2007 erneut steigern können. Neben dem durch die AIHK gebotenen Netzwerk und dem politischen Engagement für die Optimierung der Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln macht unser gut ausgebautes Dienstleistungsangebot eine AIHK-Mitgliedschaft interessant. Eine aktive Mitgliederwerbung bleibt aber weiterhin nötig.

Mit dem vorliegenden Bericht informieren wir Mitgliedfirmen und Öffentlichkeit über das Wirken der AIHK im Jahr 2007. Wir danken den Mitgliedunternehmen für ihre Unterstützung und für die gute Zusammenarbeit, die wir bei vielen Gelegenheiten pflegen dürfen.

Aargauische Industrie- und Handelskammer



Daniel Knecht
Präsident



Peter Lüscher
Vorsitzender der Geschäftsleitung

Aarau, im März 2008

Inhaltsverzeichnis

Vorwort		3
1	Wirtschaftsjahr	7
1.1	Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen	7
1.2	Entwicklung der Schweizer Wirtschaft 2007 und Aussichten für 2008	9
1.3	Wirtschaftslage 2007 im Kanton Aargau und Erwartungen für 2008	13
	Einlageblatt Wirtschaftsumfrage	
2	Kantonale Politik	21
2.1	Volksabstimmungen und Wahlen	21
2.2	Einführung Englischunterricht an der Primarschule	22
2.3	Mehrjahresprogramm öffentlicher Verkehr	23
2.4	Teilrevision Gesetz über Raumplanung, Umweltschutz und Bauwesen (Baugesetz)	24
2.5	Sachplan Geologische Tiefenlager	25
2.6	Bildungskleeblatt und Bildungsraum Nordwestschweiz	26
2.7	Teilrevision Gesetz über die politischen Rechte	29
2.8	Teilrevision Gesetz über die Grundbuchabgaben und Dekret über die Grundbuchgebühren	29
2.9	Umsetzung Bundesgesetz über die Schwarzarbeit	30
2.10	Agglomerationsprogramme AareLand und Aargau-Ost	31
2.11	Haftungsgesetz: Totalrevision Verantwortlichkeitsgesetz mit Teilrevision Kantonsverfassung	32
2.12	Vermessungsprogramm Aargau 2008 – 2011	33
2.13	Totalrevision Gesundheitsgesetz	34
2.14	Teilrevision Kinderzulagengesetz	35
3	Eidgenössische Politik	37
3.1	Volksabstimmungen und Wahlen	37
3.2	Revision Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz	38
3.3	Revision Unfallversicherungsgesetz	39
3.4	Bundespatentgerichtsgesetz und Patentanwaltsgesetz	41
3.5	Einführung Finanzreferendum	42
3.6	Sonderschutz jugendliche Arbeitnehmende (ArGV 5)	42
3.7	Systemscheid bei der Ehepaarbesteuerung	44
3.8	Systemscheid bei der Erschöpfung im Patentrecht	45
3.9	Revision Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer	47
3.10	Totalrevision Handelsregisterverordnung	48
3.11	Familienzulagenverordnung	49

3.12	Anhang zum Swiss Code betreffend Entschädigungen	50
3.13	Revision Zivildienstgesetz und Wehrpflichtabgabegesetz	51
3.14	Faire Abstimmungskampagnen	52
3.15	Einheitliche Unternehmens-Identifikationsnummer	53
4	Beziehungen zur EU	55
5	Aussenbeziehungen	56
5.1	Organisationen	56
5.2	Medien und Öffentlichkeit	56
6	Dienstleistungen	57
6.1	Veranstaltungen	57
6.2	Export	58
6.3	FITT Forschung Innovation Technologietransfer	60
6.4	AHV-Ausgleichskasse, Familienausgleichskasse und Arbeitslosenkasse	63
6.5	Weitere Dienstleistungen	64
7	Vereinsangelegenheiten	66
7.1	Mitgliederbestand	66
7.2	Generalversammlung	66
7.3	Vorstand	67
7.4	Revisionsstelle	69
7.5	Regionalgruppen / Personalchefkonferenzen	69
7.6	Geschäftsstelle	70
7.7	Stiftungen Technik und Wirtschaft	70
7.8	Paritätische Kommission für Angestelltenfragen	71
8	Organe der Aargauischen Industrie- und Handelskammer	72
9	Aargauische Wirtschaftszahlen	77

1 Wirtschaftsjahr

1.1 Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

1.1.1 Überblick

Der weltwirtschaftliche Aufschwung setzte sich im ersten Halbjahr 2007 nur wenig verlangsamt fort. Durch die Hypothekenkrise in den USA ist es im August an den internationalen Finanzmärkten zu einer grossen Verunsicherung gekommen. Dies führte zu einer generellen Neueinschätzung der Anlagerisiken. Die Kreditkonditionen der Banken, vor allem in den USA, sind restriktiver geworden, was aber in der zweiten Jahreshälfte 2007 noch nicht zu einer generellen Kreditverknappung führte.

Für das Jahr 2008 ist von einer Wachstumsverlangsamung auszugehen, wobei die Weltkonjunktur den negativen Schock der internationalen Kreditkrise relativ glimpflich überstehen dürfte. Die Verschlechterung betrifft vor allem die USA, wo vorerst kein Ende des Abschwungs am Häusermarkt und bei den Wohnbauinvestitionen in Sicht ist und sich darüber hinaus vermehrte Anzeichen eines Übergreifens auf andere Bereiche zeigen. Im Euroraum ist die Konjunktur, verglichen mit den USA, dank schwungvoller Binnennachfrage etwas gefestigter.

1.1.2 USA: Auswirkungen der Kredit- und Hypothekarkrisen

Die Krise des Häusermarktes und der Wohnbauinvestitionen dürfte sich in den USA noch längere Zeit fortsetzen und wird zunehmend auch den bislang starken privaten Konsum belasten. Zusätzlich belastet wird der private Konsum durch eine Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Das BIP-Wachstum dürfte im Jahresdurchschnitt 2007 etwa 1,9 % bis 2,2 % erreichen.

Die Überwindung des Abschwungs am Häusermarkt wird länger dauern als noch vor einigen Monaten erwartet. In der momentanen konjunkturellen Situation steigt in den USA die Wahrscheinlichkeit einer Rezession, das heisst zwei aufeinanderfolgende Quartale mit rückläufigem Bruttoinlandprodukt. Ob eine Rezession einsetzt oder nicht, hängt vor allem vom Arbeitsmarkt ab, aber auch, wie Verbraucher und Firmen in den kommenden Monaten auf die trüberen Aussichten reagieren. Die US-Wirtschaft wird daher nach den Prognosen der Experten 2008 eher verhalten wachsen.

1.1.3 Europa: Breit abgestütztes Wirtschaftswachstum

Der Aufschwung im Euroraum verlief 2007 erfreulich lebhaft. Das Wachstum hat gegenüber 2006 zwar an Tempo, jedoch nicht an Breite eingebüsst. Zudem hat sich die Verbesserung auf den Arbeitsmärkten fortgesetzt. Die Exporte in Regionen ausserhalb des Euro-raums nahmen trotz des relativ starken Euro weiter kräftig zu, und der Aufschwung bei den Ausrüstungsinvestitionen hielt an. Hinzu kommt, dass sich der private Konsum dank fortgesetzter Erholung am Arbeitsmarkt durchgreifend belebt hat. Die Arbeitslosenquote im Euroraum sank weiter und fiel im Sommer 2007 unter 7 %, was deutlich unter dem Tiefststand des letzten Aufschwungs vom Jahr 2000 (7,7 %) war. Für 2007 rechnen die meisten Experten für den Euroraum mit einem BIP-Wachstum von gut 2,6 % bis 2,9 %.

Auch Europa kann voraussichtlich 2008 seinen Wachstumskurs halten. Die Konjunkturaussichten sind weiterhin gut, wobei die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte gegenüber den aussenwirtschaftlichen Antriebskräften wohl zunehmend dominieren werden. Das Wirtschaftswachstum dürfte im Durchschnitt solide 1,7 % bis 2,2 % betragen.

1.1.4 Deutschland: Sonderfaktoren mit wenig Einfluss auf Wachstum

Deutschland ist mit einem Exportanteil von über 25 % wichtigster Handelspartner der Schweiz. Getrieben wurde der Aufschwung der deutschen Wirtschaft von den Investitionen und der Binnennachfrage. Wegen sinkender Arbeitslosigkeit und höherer Einkommen stieg die Konsumfreude der Verbraucher kräftig an. Die deutsche Konjunktur wurde im ersten Halbjahr 2007 allerdings von Sonderfaktoren belastet. So führte die Anhebung der Mehrwertsteuer zu Auswirkungen, die das Wachstum des privaten Konsums zum Jahresbeginn 2007 leicht bremsen. Auch die Unternehmen weiteten ihre Investitionen deutlich aus. Dank der guten Auftragslage steckten sie mehr Geld in Maschinen und Ausrüstungen. Der Aufwertungstrend des Euro setzte sich fort, womit sich der Preisdruck auf deutsche Exporteure weiter erhöhte. Für 2007 rechnen die Experten mit einem BIP-Wachstum in Deutschland von 2,6 % bis 2,7 %.

Infolge der Abwärtsrisiken (der starke Euro, das teure Rohöl und die Finanzmarktkrise) sehen die Experten auch für Deutschland eine Wachstumsverlangsamung im laufenden Jahr. 2008 wird das Wirtschaftswachstum schätzungsweise gut 2 % betragen.

1.2 Entwicklung der Schweizer Wirtschaft 2007 und Aussichten für 2008

1.2.1 Wachstum der Schweizer Wirtschaft 2007 auf breiter Basis

Der konjunkturelle Aufschwung in der Schweiz ist nach der kurzen Rezession im Jahr 2003 hauptsächlich von den Exporten angestossen worden, zuletzt ist er aber massgeblich von der Binnennachfrage mitgetragen worden. Das Wirtschaftswachstum wurde 2007 von vielen Sektoren gestützt, insbesondere durch die positive Entwicklung des privaten Konsums und die dynamischen Ausfuhren, vor allem von Dienstleistungen. Die Kreditkrise und die Konjunkturverlangsamung in den USA ab der zweiten Jahreshälfte haben in der Schweizer Wirtschaft vorläufig noch keine negativen Spuren hinterlassen und das Wachstumstempo des Vorjahres konnte gehalten werden. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist nach vorläufigen Zahlen des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) real um 3,1 % gewachsen.

Kein Problem aus konjunktureller Sicht stellt hingegen die Teuerung dar. Das Jahr 2007 hat im Januar mit einer sehr tiefen Teuerung von 0,1 % gegenüber dem Vorjahresmonat begonnen. Im Dezember 2007 betrug die Teuerung laut dem BFS 2 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Teuerung hat im Jahresverlauf konstant zugenommen. Die Gründe für diese beschleunigte Entwicklung waren hauptsächlich die anziehenden Energie- und Nahrungsmittelpreise. Die Inflationsrate ist mit 0,7 % im Jahresdurchschnitt aber insgesamt moderat ausgefallen.

Die Exporte konnten letztes Jahr eine kraftvolle Entwicklung verzeichnen. Dies war einer starken Nachfrage, insbesondere aus Europa, zu verdanken. Nach Weltregionen betrachtet, setzten die schweizerischen Warenexporte in die europäischen Hauptmärkte (Deutschland, Frankreich, Italien, Grossbritannien) ihren steilen Aufwärtstrend fort. Bei den Ausfuhren in die USA zeigten sich infolge der dortigen Konjunkturabkühlung jedoch Verlangsamungstendenzen. Die Exporte sind 2007 insgesamt um 11,2 % angestiegen.

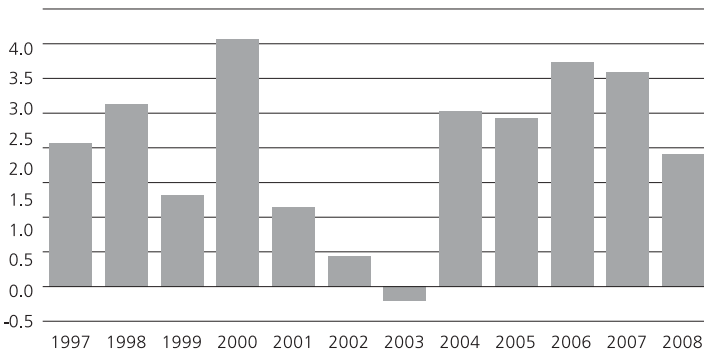
Dank der guten Wirtschaftslage nahmen die Ausrüstungsinvestitionen letztes Jahr deutlich um 7,2 % zu. Die Wirtschaftsdynamik in der Schweizer MEM-Industrie (Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie) war ausgesprochen schwungvoll. Gekennzeichnet war der Anstieg sowohl durch die binnenwirtschaftliche Orderaktivität als auch durch eine Zunahme der Auslandsaufträge. Auffallend war, dass die MEM-Unternehmen immer näher an der Kapazitätsgrenze produzierten.

Für den Hoch- und den Tiefbau war 2007 kein einfaches Jahr. Trotzdem hat das Baugewerbe von einer im historischen Vergleich nach wie vor äusserst starken Auftragslage profitiert. Allerdings war das Umfeld geprägt durch zunehmenden Preisdruck und schrumpfende Margen. Insgesamt gingen von den Bauinvestitionen wenig Impulse auf die Konjunktur aus.

Der private Konsum, mit einem Anteil von 60 % die grösste Komponente des BIP, hat positiv auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage reagiert und liefert seit Mitte 2003 einen namhaften Wachstumsbeitrag. Die lediglich moderate Beschleunigung der Inflation im Hochsommer veränderte die Konsumentenstimmung nur wenig (2007: nominal + 3,6 %), was sich auch positiv auf die Entwicklung der Detailhandelsumsätze auswirkte. Im letzten Jahr legte der private Konsum um 2,1 % zu.

Nach mehreren Jahren mit deutlichem Wirtschaftswachstum machte sich die positive Entwicklung auch bei der Beschäftigung bemerkbar. Die Nachfrage nach Arbeitskräften war hoch und erstmals seit der letzten Hochkonjunktur um das Jahr 2000 wurde ein Mangel an Arbeitskräften wieder als Produktionshemmnis genannt. Die gute Konjunktur fand 2007 deutlichen Niederschlag bei den Arbeitslosenzahlen. Die seit etwa 2006 andauernde Abnahme der (saisonbereinigten) Arbeitslosenquote, bis auf 2,8 % im Dezember 2007 (Jahresdurchschnitt 2007: 2,8 %), dürfte sich in den nächsten Monaten weiter fortsetzen.

**Reales Bruttoinlandprodukt gemäss Seco
(Veränderung gegenüber Vorjahr in %)**



1.2.2 Umfeld für Schweizer Wirtschaft wird 2008 schwieriger

Im laufenden Jahr werden sich die Verlangsamung der Weltwirtschaft, die Kreditmarkturbulenzen und der kräftige Ölpreisanstieg auf die Schweizer Wirtschaft moderat auswirken. Das BIP-Wachstum wird sich dieses Jahr nach Experten-Meinungen real auf 1,9 % bis 2,3 % belaufen.

Die Inflationsrate wird mit durchschnittlich 1,1 % bis 1,7 % in einem Bereich liegen, der von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) als Preisstabilität definiert wird. Für die nächsten Monate werden auf Grund der höheren Erdöl- und Nahrungsmittelpreise ähnliche Inflationsraten erwartet wie in diesem Herbst. Da es sich allerdings nach wie vor um auf einzelne Güterkategorien beschränkte Teuerungstendenzen und nicht um einen allgemeinen Preisanstieg auf breiter Front handelt, gibt diese Entwicklung noch wenig Anlass zur Sorge.

Die Schweizer Exportindustrie zieht nicht nur aus dem weltweiten Investitionsboom Nutzen, sondern auch aus dem starken globalen Wirtschaftswachstum. Auf Grund des abgeschwächten Wachstums der Weltwirtschaft werden die Zuwachsraten der Exporte von Gütern und Dienstleistungen 2008 niedriger ausfallen als 2007. Die Ökonomen gehen für 2008 bei den Exporten von einem Plus von 3,2 % bis 5,3 % aus.

Die mittelfristigen Perspektiven des Aussenhandels bleiben weiterhin intakt. Seit 2006 übertrifft das Wachstum der schweizerischen Warenexporte jenes der Weltexporte. In einem – nicht zuletzt seitens der aufstrebenden Volkswirtschaften – von harter Konkurrenz geprägten Umfeld gewinnt unsere Exportindustrie somit Marktanteile. Sie ist offensichtlich für die Globalisierung gut gerüstet, sie ist in Marktnischen vorgedrungen, hat rationalisiert, die Produktpalette erneuert, und sie hat die Kosten unter Kontrolle.

Eine unterstützende Rolle spielt dabei der Wechselkurs des Schweizerfrankens, der sich seit Herbst 2004 nominell um 7% und real um 10 % entwertete. Damit hat sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Exportindustrie verbessert.

Die Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen lässt auf Grund der leichten Wachstumsdelle in der EU und der dadurch sinkenden Exportdynamik in den kommenden Monaten allmählich nach. Der Ausblick auf die künftige Wirtschaftsentwicklung ist dennoch von Zuversicht geprägt. Das Auffüllen der Lager dürfte im laufenden Jahr einen kräftigen Nachfrage-Impuls ausüben. Wegen etwas höherer Zinskosten und rationellerer Lagerbewirtschaftung werden die Zuwächse aber zunehmend kleiner ausfallen. Die Schätzungen sagen für die Ausrüstungsinvestitionen ein Plus von 2,8 % bis 5 % voraus.

Bei den Bauinvestitionen gehen die Meinungen der Experten für 2008 mit – 2 % bis + 1,4 % deutlich auseinander. Die einzelnen Bausparten entwickeln sich jedoch sehr unterschiedlich. Der gewerbliche und der industrielle Bau werden sich als Stütze des Bausektors erweisen. Der Wohnungsbau wird hingegen weiter zurückgehen. Die Einführung des Infrastrukturfonds 2008 dürfte erst 2009 für eine stärkere Zunahme sorgen.

Der private Konsum wird auch 2008 zunehmen. Als Gründe lassen sich die weiter steigende Beschäftigung und die für zahlreiche Arbeitnehmende höheren realen Löhne und Gehälter anführen. Gemäss dem Konsumentenstimmungsindex gehen die Konsumenten für die nächsten 12 Monate von einer Verbesserung der finanziellen Lage, aber auch von höheren Preisen aus. Insgesamt wird der Konsum um 1,8 % bis 2,5 % zulegen.

Die Beschäftigungsperspektiven bleiben auch im laufenden Jahr gut. Dementsprechend wird die Zahl der Arbeitslosen 2008 weiter abnehmen. Der Mangel an Spezialisten und Fachkräften wird in vielen Betrieben trotz der nachlassenden Wachstumsdynamik akut bleiben. Die Schweiz bleibt auf die Immigration qualifizierter Ausländer und eine den Bedürfnissen einer wissensorientierten Wirtschaft entsprechende Ausbildung der schweizerischen Arbeitskräfte angewiesen. Im Jahresdurchschnitt 2008 erwarten die Experten eine Arbeitslosenquote zwischen 2,3 % und 2,6 %.

1.2.3 Prognoserisiken

Die Prognoserisiken haben deutlich zugenommen: Die grösste Gefahr für die Konjunktur wäre ein stärkerer und längerer Konjunkturabschwung sowie eine mögliche Rezession der US-Wirtschaft. Dadurch würde sich die globale Konjunktur durch eine geringere Nachfrage aus den USA wohl deutlich stärker abkühlen als erwartet und auch die Finanzmärkte kämen verstärkt unter Druck, was auf Grund der grossen Bedeutung von Exportwirtschaft und Finanzsektor für die Schweizer Wirtschaft durchaus spürbar würde.

Ein weiteres Risiko stellen die in den letzten Monaten wieder stark gestiegenen Erdöl- und Rohwarenpreise dar. Dabei dürften bei der derzeitigen Wirtschaftslage die Risiken für die Weltkonjunktur und den Konsum grösser sein als potenzielle Inflationsgefahren in der Schweiz.

1.3 Wirtschaftslage 2007 im Kanton Aargau und Erwartungen für 2008

1.3.1 Wirtschaftslage im Aargau 2007

Die regionale Entwicklung hängt natürlich immer stark mit der Entwicklung der Weltwirtschaft, jener in Europa und der Schweiz zusammen. Die Spitzenindustrien sind der Schlüsselfaktor für den Wirtschaftsstandort Aargau. Mit dessen innovativen und international wettbewerbsfähigen Unternehmen kann sich die Region erfolgreich im internationalen Wettbewerb behaupten.

Die Konjunktur im Kanton Aargau war auch 2007 in voller Fahrt. Auf Grund der starken schweizerischen wie auch weltweiten Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern präsentierte sich die Lage im zweiten Sektor besonders erfreulich. Aber auch der Dienstleistungssektor konnte mit einer dynamischen Entwicklung aufwarten. Von den günstigen weltwirtschaftlichen Bedingungen konnten die im Aargau ansässige Industrie, die Grosshandels-, Detailhandels- und Verkehrsunternehmen wie auch der Finanzsektor profitieren.

Die in der Wirtschaftsumfrage der Aargauischen Industrie- und Handelskammer erhobenen Indikatoren stützen dieses Bild der Aargauer Wirtschaft.

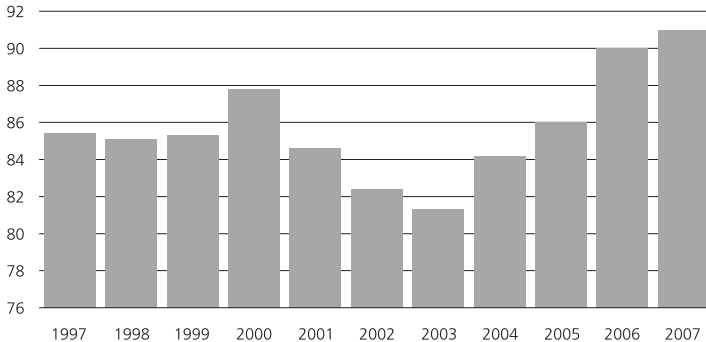
Der gute Geschäftsgang des letzten Jahres zeigt sich bei den erwirtschafteten Umsätzen. So konnten alle Sektoren ihre Umsätze deutlich steigern. Neben der guten Nachfrage aus dem Inland konnten auch die im Ausland erwirtschafteten Umsätze deutlich zulegen. Die Auslandsnachfrage lag 2007 um 16,7 % über dem Vorjahresniveau. Die Ertragslage wurde von den Unternehmen aus allen Sektoren gegenüber 2006 als deutlich verbessert eingeschätzt.

Die Verkaufspreise stiegen 2007 an. Dabei profitierten die Unternehmen infolge der guten konjunkturellen Lage von erhöhten Verkaufspreisen im Inland um im Ausland. Bei den Inlandspreisen zeigt sich, dass die Verkaufspreise bei den Dienstleistungen unterdurchschnittlich angestiegen sind, während sie im zweiten Sektor überdurchschnittlich angehoben wurden. Dies kann mit den steigenden Rohstoffpreisen zusammenhängen, welche teilweise an die Kunden weitergegeben werden konnten. Bei den Verkaufspreisen im Ausland zeigt sich für den zweiten Sektor eine ähnliche Preisentwicklung wie im Inland. Die Auslandspreise für Dienstleistungen entwickelten sich hingegen durchschnittlich.

Die Investitionen waren 2007 eine der Antriebskräfte des Wachstums. Die Aargauer Industrie und das Baugewerbe konnten 2007 mit 91 %

eine sehr hohe Kapazitätsauslastung ausweisen. Somit entsprechen die erneut deutlich gestiegenen Investitionen der Unternehmen der betriebswirtschaftlichen Logik.

Durchschnittliche Auslastung der Produktionskapazitäten der Aargauer Industrie- und Bauunternehmen (in %)



Nach Angaben der befragten Unternehmen ist die Beschäftigung 2007 im Kanton Aargau deutlich gestiegen. Die Konjunktur findet immer deutlicher Niederschlag in der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen, was die Entwicklung der Arbeitslosenquote im Jahresverlauf zeigt. Im Januar betrug die Arbeitslosenquote im Kanton Aargau noch 2,7 %. Im Jahresverlauf nahm sie kontinuierlich auf 2,3 % im Dezember ab. Im Jahresdurchschnitt 2007 betrug die Arbeitslosenquote 2,4 %. Damit lag die Arbeitslosenquote im Kanton Aargau deutlich unter dem Schweizer Durchschnitt.

Das Lohnplus der vom Bundesamt für Statistik (BFS) ausgewiesenen Nominallöhne für 2007 lag gesamtschweizerisch bei 2 %. Wobei der Zuwachs im zweiten Sektor mit 1,5 % kleiner war als im dritten Sektor mit 2,2 %. Nach den Angaben der Aargauer Unternehmen lag die Lohnsumme im Kanton insgesamt ebenfalls deutlich über dem Vorjahresniveau. Zurückzuführen ist dies auf die Erhöhung der Lohnsumme sowohl im verarbeitenden Gewerbe und der Industrie als auch im Dienstleistungssektor.

1.3.2 Branchenresultate 2007 für den Kanton Aargau

Dafür, dass es im Dienstleistungsbereich für den Binnenmarkt zurzeit sehr gut läuft, sprechen auch die Resultate der AIHK-Umfrage bezüglich der erwirtschafteten Umsätze im Inland. Auch beim Auslandsumsatz vermeldeten die meisten Dienstleistungsfirmen teilweise markante Steigerungen im Vergleich zum Vorjahr. Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes und in der Industrie fällt auf, dass sich im Be-

reich Textil/Bekleidung, in der Chemie, in der Kunststoffbranche sowie in der Investitionsgüterindustrie die Inlandsumsätze schwächer entwickelt haben als die im Ausland generierten Umsätze. Insgesamt gemeldeteten fast alle Branchen steigende bis deutlich steigende Gesamtumsatzzahlen. Einzig die Branche Lederwaren/Schuhe musste wegen der schwachen Entwicklung des wichtigen Auslandsgeschäfts und trotz guter Inlandsumsätze insgesamt eine Stagnation der Umsätze hinnehmen. Die guten Umsatzzahlen führten dementsprechend bei einem Grossteil der Unternehmen zu steigenden Erträgen. Einzig der Fahrzeugbau musste einen Ertragsrückgang hinnehmen.

Die Inlandspreise im zweiten Sektor entwickelten sich nahezu einheitlich. Ausser dem Papier- und Druckgewerbe sowie der Elektrotechnik mit stagnierenden Preisen, sind die Preise in den anderen Branchen angestiegen. Etwas weniger dynamisch verlief die Preisentwicklung im Dienstleistungssektor. Im Branchenaggregat Immobilien, Informatik, Unternehmensdienstleistungen stagnierten die Verkaufspreise und im Finanzsektor gingen die Preise sogar zurück. Bei gewissen Branchen (Nahrungsmittelproduzenten, Holzbranche, Teile der Investitionsgüterindustrie, Baugewerbe, Finanzsektor, Immobilien, Informatik, Unternehmensdienstleistungen) gerieten die Auslandspreise 2008 unter Druck und konnten nicht erhöht werden. Bei den restlichen Branchen sind die Auslandspreise gestiegen.

Im verarbeitenden Gewerbe und in der Industrie lag die Investitionstätigkeit über dem kantonalen Schnitt. Im Baugewerbe und bei den Dienstleistungsunternehmen bewegte sie sich im Durchschnitt. Insgesamt war das Investitionswachstum in der Textil- und Bekleidungsbranche, in der Metallindustrie, in der Elektrotechnik, bei der Herstellung von Möbeln sowie im Energiesektor am grössten.

Die Beschäftigungssituation im Kanton Aargau präsentierte sich im letzten Jahr sehr gut. In den meisten Branchen wurde zusätzlich Personal eingestellt. In den Branchen Lederwaren/Schuhe, Papier- und Druckgewerbe sowie im Branchenaggregat Immobilien, Vermietung, Informatik, F+E, Unternehmensdienstleistungen stagnierte die Zahl der Beschäftigten jedoch. Nach Angaben der Unternehmen stiegen die Löhne in den meisten Branchen ebenfalls deutlich an. In den Branchen Textil/Bekleidung, Lederwaren und Fahrzeugbau war der Anstieg geringer als im Durchschnitt.

1.3.3 Resultate aus den Bezirken 2007 für den Kanton Aargau

Die Resultate der Umfrage zeigen, dass alle Bezirke von der Wirtschaftslage im letzten Jahr profitieren konnten. Bei der Beurteilung des Geschäftsjahres im Vergleich zu 2006 haben alle Bezirke eine deutliche Verbesserung gesehen. Dieses einheitliche Bild zeigt sich

auch bezüglich Ertragslage und Gesamtumsatz. Neben einer starken Binnennachfrage entwickelte sich auch die Exportnachfrage erfreulich. Der Bezirk Lenzburg war allerdings mit dem inländischen Auftragsengang im kantonalen Vergleich etwas weniger zufrieden. Insgesamt stieg sowohl der im Inland als auch der im Ausland generierte Umsatz deutlich an.

Die Verkaufspreise in den meisten Bezirken entwickelten sich 2007 analog zum kantonalen Durchschnitt. Allerdings zeigte sich bei den Inlandspreisen in den Bezirken Laufenburg und Muri mit überdurchschnittlich steigenden Preisen und im Bezirk Rheinfelden mit stagnierenden Preisen eine andere Entwicklung. Bei den Auslandspreisen nahmen die Unternehmen in Lenzburg, Muri, Rheinfelden stagnierende Preise und jene in Brugg und Laufenburg deutlich steigende Preise wahr.

Die Investitionen konnten in allen Bezirken ausgeweitet werden. Vor allem in den Bezirken Aarau, Kulm, Laufenburg, Muri, Rheinfelden und Zurzach stiegen sie überdurchschnittlich an. Ein ähnliches Bild wie bei den Investitionen zeigt sich bei der Beschäftigungsentwicklung. Die bessere Ausschöpfung des Arbeitsangebots liess die Beschäftigung markant steigen. Lediglich in den Bezirken Baden, Bremgarten und Brugg war die Zunahme der Beschäftigten leicht schwächer als in den anderen Bezirken. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften erwies sich vielfach als Produktionshemmnis. Die gute Wirtschaftslage machte sich 2007 auch bei den Löhnen bemerkbar. So meldeten alle Bezirke eine deutliche Erhöhung der Lohnsumme.

1.3.4 Erwartungen für den Aargau 2008

Für das laufende Jahr ist von einer Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik im Aargau auszugehen. Im Zuge der allgemein schwächeren Wirtschaftsdynamik sind sowohl die Betriebe im zweiten wie auch im dritten Sektor gleichermaßen betroffen.

Für die Umsatzentwicklung sind die Aargauer Unternehmen weiterhin optimistisch und gehen von einer deutlichen Verbesserung für 2008 aus. Nach eigenen Angaben waren die Auftragsbücher Ende des Jahres 2007 immer noch voll. Auf der Ertragsseite macht sich die konjunkturelle Lage vor allem in der Industrie, dem verarbeitenden Gewerbe und der Bauwirtschaft mit einem im Vergleich zu 2007 abgeschwächten Optimismus bemerkbar. Anstatt von einer deutlichen Verbesserung, gehen die meisten Unternehmer aber immer noch von einer Verbesserung aus.

Die gute Konjunktur des Jahres 2007 lässt die Firmen auch für 2008 mehrheitlich mit Preiserhöhungen rechnen. Während sich das Bild in

den Branchen bei der erwarteten Preisentwicklung für das Inland mit grösstenteils steigenden Preisen relativ einheitlich präsentiert, einzig der Finanzsektor geht von sinkenden Preisen aus, ist die Entwicklung der Auslandspreise heterogener. Während die Industrie und das verarbeitende Gewerbe mit mehrheitlich steigenden Preisen rechnen, gehen das Baugewerbe und die Dienstleistungsbranchen von gleich bleibenden Verkaufspreisen aus. Bei den Preiserwartungen im Inland sehen alle Bezirke einen teilweise deutlichen Preisanstieg für 2008. Ebenso bei den Auslandspreisen. Lediglich Zofingen geht von stagnierenden und Muri von fallenden Auslandspreisen aus.

Im laufenden Jahr legen die Investitionen in der Aargauer Industrie und dem verarbeitenden Gewerbe weiter zu. Doch erwarten die Umfrageteilnehmenden aus den Dienstleistungsbranchen und dem Baugewerbe eine nachlassende Dynamik, was zu einem im kantonalen Durchschnitt ähnlichen Investitionsverhalten wie 2007 führt. Die Unternehmen der Investitionsgüterindustrie, aber auch der Handel, werden mit einer über dem Durchschnitt liegenden Investitionstätigkeit aufwarten. Erfreulicherweise ist die Investitionstätigkeit regional breit gestreut. So werden alle Bezirke mindestens das Vorjahresniveau halten.

Der Rückgang der (saisonbereinigten) Arbeitslosigkeit dürfte sich auch während 2008 fortsetzen. Entsprechend sind die Beschäftigungsaussichten nach wie vor rosig. Im kantonalen Durchschnitt wird die Anzahl der Beschäftigten weiter zunehmen. Erfreulicherweise ist in einem Grossteil der Branchen ein Beschäftigungsausbau geplant. Im Bereich Energie- und Wasserversorgung wird dieser Ausbau nach Angaben der befragten Unternehmen überdurchschnittlich ausfallen. In der Branche Papier, Druckgewerbe, in der Gummi- und Kunststoffindustrie sowie im Baugewerbe wird die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften unterdurchschnittlich ausfallen. Die Betrachtung nach Bezirken zeigt, dass in den meisten Bezirken das Beschäftigungswachstum im kantonalen Mittel liegt. Einzig in den Bezirken Kulm, Zofingen und Zurzach wird die Beschäftigungsdynamik unterdurchschnittlich ausfallen.

Was die abgeschlossenen Lohnrunden für 2008 und verschiedene Lohnumfragen bereits andeuteten, haben die befragten Unternehmen auch für den Aargau bestätigt. Die Löhne im Kanton Aargau werden auch 2008 insgesamt deutlich ansteigen, womit die Haushalte trotz des erwarteten Preisanstiegs vieler Konsumgüter auch real über mehr Geld verfügen dürften als noch 2007. Die Lohnsumme wird sich erfreulicherweise über alle Branchen hinweg deutlich erhöhen. Dieses Bild zeigt sich auch bei den Bezirken.

1.3.5 Kantonale Branchenstruktur

Im Bezirk Muri sind die Metall- und Maschinenbranche stark vertreten. Aber auch Gummi- und Kunststoffwaren sowie die Chemie prägen die Branchenstruktur. In Laufenburg stechen die Beratung und Planung und das Baugewerbe bei sonst gleichmässiger Branchenverteilung hervor, in Zurzach die Herstellung von Möbeln und der Handel. Weitere dominante Branchen sind in Brugg das Baugewerbe, in Kulm die Metallindustrie, in Lenzburg die Maschinenindustrie, in Zofingen neben der Maschinenindustrie auch das Papier- und Druckgewerbe, in Aarau und Baden der Handel und in Baden zusätzlich Elektro, Feinmechanik und Optik. In der Region Aarau sind zahlreiche wichtige Grosshandels- und Verkehrsbetriebe angesiedelt. Auch Baden und Zofingen gelten als Grosshandelsstandorte. Schliesslich nehmen die zahlreichen Betriebe in der Beratungs- und Planungsbranche (Treuhänder- und Advokaturbüros, Informatik u. a.) in jedem Bezirk – vor allem aber in Aarau, Baden, Rheinfelden und Zofingen – eine bedeutende Stellung ein.

1.3.6 Umfrage zur aargauischen Standortqualität

Zusammen mit der traditionellen Wirtschaftsumfrage führten wir im Januar 2008 bei unseren Mitgliedunternehmen wiederum eine Umfrage zur Standortqualität durch. Es beteiligten sich 583 Firmen daran, was eine Rücklaufquote von gut 45 % ergibt. Die Erhebung soll Basisinformationen für die stete Verbesserung der unternehmerischen Standortbedingungen liefern.

Die Resultate lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die ansässigen Unternehmen fühlen sich im Kanton Aargau nach wie vor recht wohl. Der Anteil der Betriebe, welche die Standortqualität insgesamt als gut beurteilten, sank aber von 71 % auf 67 %.
- Eine Verbesserung der Standortqualität gegenüber dem Vorjahr vermeldeten nur noch 12 % der Antwortenden (VJ 14 %), 86 % (VJ 84 %) sahen keine Veränderung.
- Qualifiziertes Personal ist knapper geworden, nur noch 18% (VJ 23 %) der Firmen beurteilten die Verfügbarkeit als gut, 23 % (VJ 17 %) dagegen als schlecht.
- Die 2006 beschlossene Steuergesetzrevision und weitere Verbesserungen sind aus Unternehmenssicht dringend notwendig. Nur 14 % (VJ 17 %) beurteilen die steuerliche Belastung als gut, 15 % (VJ 12 %) dagegen als schlecht.

AIHK-Wirtschaftsumfrage 2008: Aargauer Branchen im Vergleich

Tabelle 1

	Geschäftsjahr	Ertragslage	Gesamtumsatz	Auftrags- eingang Inland	Auftrags- eingang Ausland	Investitionen	Beschäftigung
Total Aargau	07 ² 07 ³ 08 ⁴	07 ² 07 ³ 08 ⁴	07 ² 07 ³ 08 ⁴	06 ¹ 07 ³	06 ¹ 07 ³	07 ² 07 ³ 08 ⁴	07 ² 07 ³ 08 ⁴
Verarb. Gewerbe, Industrie	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑
Baugewerbe	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑
Dienstleistungen	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑
Nahrung, Getränke, Tabak	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑
Textilien, Bekleidung	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑
Be- und Verarbeitung von Holz (ohne Möbel)	→ ↑ →	→ ↑ →	→ ↑ →	↑ ↑ ↑	↓ ↑ ↓	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑
Papier, Druckgewerbe	↑ ↑ →	→ ↑ →	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑
Chemie	→ ↑ →	→ ↑ →	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑
Gummi-, Kunststoffwaren	↑ ↑ →	↑ ↑ →	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑
Metall	↑ ↑ →	↑ ↑ →	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑
Maschinen	↑ ↑ ↑	↑ ↑ →	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑
Elektro-, Feinmechanik, Optik	↑ ↑ ↑	↑ ↑ →	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑
Herstellung von Möbeln	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑
Handel, Reparaturen, Garagen	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑
Banken, Versicherungen	↑ ↑ ↘	↑ ↑ ↘	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑
Immobilien, Vermietung, Informatik, F + E, Unter- nehmens-Dienstleistungen	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑	↑ ↑ ↑

Legende
 → keine Veränderung
 ↘ deutliche Verbesserung der Lage
 ↗ deutliche Verschlechterung der Lage
 ↑ deutliche Verbesserung der Lage
 ↓ deutliche Verschlechterung der Lage

1 Resultate der Wirtschaftsumfrage Januar 2007; Werte für 2006
 2 Resultate der Wirtschaftsumfrage Januar 2007; Prognosewerte für 2007
 3 Resultate der Wirtschaftsumfrage Januar 2008; Werte für 2007
 4 Resultate der Wirtschaftsumfrage Januar 2008; Prognosewerte für 2008

AIHK-Wirtschaftsumfrage 2008: Aargauer Bezirke im Vergleich

	Geschäftsjahr		Ertragslage		Gesamtumsatz		Investitionen		Beschäftigung	
	07 ¹	08 ²	07 ¹	08 ²	07 ¹	08 ²	07 ¹	08 ²	07 ¹	08 ²
Aarau	↑	↔	↑	↔	↑	↑	↑	↔	↑	↔
Baden	↑	↔	↑	↔	↑	↑	↔	↔	↔	↔
Bremgarten	↑	↔	↑	↔	↑	↑	↔	↔	↔	↔
Brugg	↑	↔	↑	↔	↑	↑	↔	↔	↔	↔
Kulm	↑	→	↔	→	↑	↔	↑	→	↑	→
Laufenburg	↑	↔	↑	↔	↑	↑	↑	→	↑	↔
Lenzburg	↑	↔	↑	↔	↑	↔	↔	↔	↑	↔
Muri	↑	↔	↑	↔	↑	↔	↑	↔	↑	↔
Rheinfelden	↑	↔	↔	↔	↑	↑	↑	→	↑	↔
Zofingen	↑	↔	↔	→	↑	↔	↔	↔	↑	→
Zurzach	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	→	↑	→
Total Aargau	↑	↔	↑	↔	↑	↑	↔	→	↑	↔

Legende

→ keine Veränderung
 ↗ deutliche Verbesserung der Lage
 ↘ Verbesserung der Lage

↖ keine Veränderung
 ↘ Verschlechterung der Lage
 ↙ deutliche Verschlechterung der Lage

¹ Resultate der Wirtschaftsumfrage Januar 2008; Werte für 2007

² Resultate der Wirtschaftsumfrage Januar 2008; Prognosewerte für 2008

2 Kantonale Politik

2.1 Volksabstimmungen und Wahlen

Vorlage	Datum	Ja	Nein	Stimm- beteiligung	Parole AIHK
Verfassung des Kantons Aargau: Änderung vom 24. Oktober 2006 (Verfassungsgrundlage zum Gesetz über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und das Archivwesen – IDAG)	11.03.2007	107 041	29 284	38 %	Ja
Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBuG); Änderung vom 12. Dezember 2006	17.06.2007	72 960	34 076	29 %	Ja

Dokumentation

AIHK-Mitteilungen Nr. 2/Februar 2007, S. 14 ff. «Keine Katze im Sack kaufen!»

Ständeratswahlen

Im 1. Wahlgang vom 21. Oktober 2007 wurden bei einer Stimmbeteiligung von 48 % folgende Resultate erzielt:

Christine Egerszegi-Obrist, FDP, Mellingen	98 961
Dr. iur. Maximilian Reimann, SVP, Gipf-Oberfrick	92 814
Pascale Bruderer, SP, Nussbaumen bei Baden	62 780
Geri Müller, Grüne, Baden	31 417
Esther Egger, CVP, Kirchdorf	23 843
Heiner Studer, EVP, Wettingen	16 884
Pius Lischer, Parteilos, Oberrüti	6 152
René Bertschinger, Familiä-Partei, Hendschiken	3 147

Bei einem absoluten Mehr von 85 215 Stimmen wurden Christine Egerszegi-Obrist und Dr. Maximilian Reimann gewählt. Dr. Maximilian Reimann gehört dem Ständerat seit 1995 an. Christine Egerszegi-Obrist wurde neu in den Ständerat gewählt.

Dokumentation

- AIHK-Mitteilungen Nr. 9/September 2007, S. 65 ff. «Für eine starke bürgerliche Vertretung in Bern»
- AIHK-Mitteilungen Nr. 11/November 2007, S. 81 f. «Rückblick auf die Wahlen im Kanton Aargau»

2.2 Einführung Englischunterricht an der Primarschule

1. Worum geht es?

Als einziger Kanton bietet der Aargau bisher keinen Fremdsprachenunterricht an der Primarstufe an. Im Zuge der gesamtschweizerischen Harmonisierung des Bildungswesens soll deshalb im Kanton Aargau ab dem Schuljahr 2008/2009 das Fach Englisch ab dem 3. Schuljahr unterrichtet werden. Daraus resultieren Einführungskosten von 16 Mio. Franken, verteilt auf die Jahre 2007 bis 2013, und jährlich wiederkehrende Kosten von 11,9 Mio. Franken ab 2012.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir haben gegenüber dem Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS) positiv Stellung genommen:

- Das absolut vorrangige Ziel des Sprachenunterrichts in der obligatorischen Schule ist die möglichst perfekte Beherrschung der Schriftsprache Deutsch («Hochdeutsch»). Wir ersuchen Sie, alle geeigneten Massnahmen zu treffen, um die Qualität des Deutschunterrichts in der Volksschule Aargau flächendeckend auf Höchstniveau zu gewährleisten.
- Wir befürworten die Einführung des Fremdsprachenunterrichts ab dem 3. Schuljahr der Primarschule Aargau. Diese Zustimmung ist allerdings an die Bedingung geknüpft, dass sämtliche Regelklassen die oben genannte Zielsetzung erreichen können.
- Die Frage, welche Fremdsprache an der Primarschule Aargau zuerst eingeführt wird, ist unseres Erachtens sekundär, weil für die Wirtschaft die Fremdsprachenkompetenz am Ende der obligatorischen Schulzeit entscheidend ist. Wir sind mit der Einführung von Englisch als erste Fremdsprache ab der 3. Primarklasse einverstanden, weil die Mehrheit der Deutschschweizer Kantone das auch tut. Wir bedauern es aber ausserordentlich, dass nicht einmal innerhalb der Nordwestschweiz eine einheitliche Lösung zustande kommt. Die Harmonisierung der Volksschule darf sich nicht auf Strukturen beschränken, sondern muss auch Inhalte beschlagen. Andernfalls wird der angestrebte Nutzen nicht erzielt.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben BKS vom 30. November 2006 mit Vernehmlassungsbericht

Papier AIHK:

Stellungnahme (mit Fragebogen) vom 19. Januar 2007 an das BKS

Weitere Dokumente:

Botschaft des Regierungsrats vom 28. März 2007 (07.91)

2.3 Mehrjahresprogramm öffentlicher Verkehr

1. Worum geht es?

Das Mehrjahresprogramm ist eine Gesamtplanung für den öffentlichen Verkehr (öV) in den nächsten rund zehn Jahren. Es zeigt die geplanten Reformen, Ziele und Massnahmen für jede Region auf. Der Grosse Rat kann damit rechtzeitig auf die Entwicklungen Einfluss nehmen. Auf nachfragestarken Achsen mit guter Auslastung sollen Angebot und Infrastruktur weiter ausgebaut, auf den anderen eine Optimierung bestehender Angebote angestrebt werden.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir haben dem Departement Bau, Verkehr und Umwelt (BVU) folgende Beurteilung unterbreitet:

- Die Orientierung der langfristigen Planung von Verkehrsangeboten und Infrastrukturen an der Nachfrage wird von uns unterstützt. Auf bloss Wünschbares ist zu verzichten, die Kosten-Nutzen-Relation von ins Auge gefassten Fahrplanausweitungen ist jeweils kritisch zu prüfen. Wir sind mit der Stossrichtung einverstanden, stark frequentierte Strassen mit einer Verbesserung des Modal Split zu Gunsten des öV zu entlasten. Ein Ausbau des öV in Agglomerationen und auf den Hauptachsen ist deshalb zu begrüssen. Dadurch kann ein Anreiz zum Umstieg geschaffen werden. Auf frequenzschwachen Strecken ist eine Beschränkung des Angebots auf das Notwendige, verbunden mit einer Förderung des kombinierten Verkehrs (P+R-Angebote), angezeigt.
- Der Mehrjahresplan öV befasst sich schwergewichtig mit dem Angebot im Personenverkehr. Der für unsere Mitgliedunternehmen wichtige Güterverkehr wird in der Vorlage nur gestreift. Mit Blick auf das auch vom Regierungsrat angestrebte Wirtschaftswachstum darf dieser Aspekt aber nicht vernachlässigt werden. Aus unserer Sicht ist nicht nur eine drohende Einschränkung des regionalen

Personenverkehrs auf der Schiene ein Problem. Die zunehmende Verdichtung des regionalen Personenverkehrs (notabene mit hohen Betriebssubventionen erkaufte) erschwert mehr und mehr die Güterverkehrsversorgung der Industrie. Der Viertelstundentakt (S-Bahn) verunmöglicht teilweise die Güterzustellung während dem Tag – verschiedene Unternehmen beschwerten sich darüber. Mit der Haltung, der Kanton habe im Schienengüterverkehr keine aktive Rolle zu spielen, sind wir deshalb nicht einverstanden. Diese Haltung steht in Widerspruch zur Förderung der aargauischen Standortqualität, da ansiedlungswillige Unternehmen auch (Güter-)Verkehrsprobleme zu bewältigen haben. Die Rolle des Trassenpreises als entscheidendes Kriterium zum Erfolg der Verlagerung im Güterverkehr kann nicht einfach ausgeblendet werden. Der Kanton Aargau soll klar zum geplanten Gateway-Terminal im Limmattal Stellung beziehen. Wir unterstützen die vom Kanton Aargau im Rahmen von ZEB gegenüber Bund und SBB erhobenen Forderungen, insbesondere nach Realisierung des Wisenberg隧nels. Wir ersuchen Sie, die im Vernehmlassungsbericht skizzierte Haltung zum Güterverkehr im Sinne unserer Ausführungen zu überprüfen.

- Die Kostenentwicklung im ÖV muss im Auge behalten und darüber periodisch Bericht erstattet werden. Die im Bericht aufgezeigte Erhöhung der kantonalen Abgeltungen um jährlich 3,3 % ist sehr hoch. Eine über dem Wirtschaftswachstum liegende Kostensteigerung ist aus unserer Sicht problematisch.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben BVU vom 3. Januar 2007 mit Anhörungsbericht vom 20. Dezember 2006

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 21. Februar 2007 an das BVU

Weitere Dokumente:

Botschaft des Regierungsrats vom 25. April 2007 (07.105)

2.4 Teilrevision Gesetz über Raumplanung, Umweltschutz und Bauwesen (Baugesetz)

1. Worum geht es?

Der Regierungsrat schlägt verschiedene Präzisierungen und Anpassungen gemäss der seit Inkrafttreten des Baugesetzes ergangenen Rechtsprechung vor. Darüber hinaus sollen mit der Teilrevision neue Instrumente für die Bewältigung künftiger Herausforderungen an die

Raumentwicklung in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht geschaffen werden (z. B. durch Neudefinition der verkehrsintensiven Nutzung, Schaffung des regionalen Sachplans, Erhebung einer Mehrwertabgabe nach Umzonungen in die Bauzone, Schaffung eines neuen Gesamtkonzepts Parkierung usw.). Schliesslich werden mit der Teilrevision vereinfachte Verfahrensabläufe und notwendige Anpassungen an das Bundesrecht angestrebt.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir haben gegenüber dem Departement Bau, Verkehr und Umwelt (BVU) unsere Ablehnung wie folgt begründet:

Die Revision versucht, zu viele Anliegen (vor allem im Bereich Mobilitätssteuerung) im Baugesetz zu regeln. Dabei werden wesentliche Anliegen der Wirtschaft (der bestehenden und der auszubauenden), sei es als Arbeitgeber, Produzent oder Dienstleister, zu wenig berücksichtigt oder gar gehemmt. Die Zuspitzung der Lösungsansätze zu Lasten des auf einen gut funktionierenden Individualverkehr angewiesenen Wirtschaftsstandorts können wir nicht unterstützen. Mit der Ablehnung haben wir den Regierungsrat ersucht, eine Überarbeitung der Gesamtvorlage vorzunehmen und dort insbesondere die Vorbehalte gegenüber dem neuen Gesamtkonzept Parkierung zu berücksichtigen.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben BVU mit Begleitbericht und Fragebogen vom 3. November 2006

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 28. Februar 2007 (Schreiben und Fragebogen) an das BVU

Weitere Dokumente:

- AIHK-Mitteilungen Nr. 2/Februar 2007, S. 9 ff. «Baugesetzrevision auf dem Pannestreifen»
- Botschaft vom 5. Dezember 2007 (07.314)

2.5 Sachplan Geologische Tiefenlager

1. Worum geht es?

Der Konzeptteil des Sachplans Geologische Tiefenlager legt das Standortauswahlverfahren für die Lagerung der radioaktiven Abfälle

fest. Der Konzeptteil enthält noch keine konkreten Angaben bezüglich Standorte, Anlagen und Massnahmen.

2. Stellungnahme der AIHK

Die Kammer begrüsst die breite Anhörung zum Konzeptteil ist aber der Meinung, dass die Mitwirkung mehr zu Gunsten der als potenzielle Standorte betroffenen Kantone ausgestaltet sein sollte. Die Kammer plädiert zudem für ein rascheres Vorgehen bei der Bestimmung eines Standortes, damit die Planungssicherheit für den betroffenen Standort raschmöglichst vorhanden ist. Nicht einverstanden sind wir, dass das geplante Tiefenlager nur für Abfälle der heute in Betrieb stehenden Kernkraftwerke ausgestaltet werden soll. Würde dies so umgesetzt, könnten die nichtvorhandenen Lagerkapazitäten als Argument gegen den Bau neuer Kernkraftwerke ins Feld geführt werden, was wir als eine nicht zweckmässige Verknüpfung der Frage der Verfahrensbestimmung für ein Endlager mit der energiepolitischen Frage des Baus neuer Kernkraftwerke ansehen.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben BVU vom 12. Januar 2007 und Schreiben BFE vom 15. Januar 2007 mit Vernehmlassungsvorlage Sachplan Geologische Tiefenlager vom 11. Januar 2007

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 13. März 2007 an das BVU und das BFE

Weitere Dokumente:

AIHK-Mitteilungen Nr. 2/Februar 2007, S. 11 ff. «Entsorgung von Atom-müll: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben»

2.6 Bildungskleeblatt und Bildungsraum Nordwestschweiz

1. Worum geht es?

Mit dem Bildungskleeblatt soll die aargauische Volksschule grundlegend erneuert werden. Es sind darin vier Reformprojekte zusammengefasst: die Schaffung einer Eingangsstufe, welche den bisherigen Kindergarten und eines oder zwei Primarschuljahre umfasst; die Harmonisierung der Schulstrukturen mit neu acht Jahren Primarschule (inkl. zwei Kindergartenjahre) und drei Jahren Sekundarstufe I; die flächendeckende Einführung von Tagesstrukturen und eine neue Ressourcensteuerung durch Lektionenzuteilung mit Sozialindex. Im

Berichtsjahr hat eine Vernehmlassung zum Planungsbericht Bildungskleeblatt stattgefunden. Nach dessen Verabschiedung durch den Grossen Rat im Herbst 2007 hat Ende Jahr die Vernehmlassung zu den Erlassentwürfen für die Umsetzung des Planungsberichts begonnen, die im Frühjahr 2008 abgeschlossen wird. Nach Behandlung der Vorlagen im Parlament findet die Volksabstimmung 2009 statt.

Neben dieser aargauischen Reform haben die Regierungsräte der Kantone Aargau, Basel-Land, Basel-Stadt und Solothurn die Schaffung eines Bildungsraums Nordwestschweiz vorgeschlagen. Auch dazu hat ein Vernehmlassungsverfahren stattgefunden. Das Projekt soll nun weiter bearbeitet und mit einem Staatsvertrag umgesetzt werden. Die Angleichung der vier Bildungssysteme soll nach dem Konvergenzprinzip schrittweise erfolgen.

Die beiden Geschäfte hängen inhaltlich zusammen und werden deshalb hier gemeinsam behandelt.

2. Stellungnahmen der AIHK

Wir haben dem Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS) folgende Punkte unterbreitet:

- Die aargauische Wirtschaft ist auf eine Volksschule angewiesen, deren Absolventinnen und Absolventen für den Einstieg in die Arbeitswelt bestens gerüstet sind. Die entsprechende Vorbereitung muss sich einerseits auf den berufsbildenden und andererseits auf den allgemeinbildenden Weg ausrichten. Die AIHK unterstützt die im Rahmen der gesamtschweizerischen Harmonisierung notwendigen Anpassungen der aargauischen Schule. Das neue aargauische Strukturmodell darf keine Insellösung sein, es soll sich an den Modellen der anderen Kantone ausrichten. Definitive Entscheide können deshalb erst gefällt werden, wenn die Harmonisierungsdiskussion mit den anderen Kantonen geführt worden ist.
- Wir begrüssen die Schaffung einer Eingangsstufe und – mit Vorbehalten – das bedarfsgerechte Angebot von Tagesstrukturen sowie eine den örtlichen Verhältnissen angepasste Ressourcensteuerung. Das flächendeckende integrative Unterrichtsprinzip lehnen wir ab. Für die ganze Reform muss ein angemessenes Controlling vorgesehen werden. Die Überführung von der heutigen in die neue Struktur ist nochmals zu überprüfen. Wir bezweifeln, dass die Reform mit der vorgesehenen Geschwindigkeit zum Erfolg führen wird.
- Dem Gesamtpaket «Bildungskleeblatt» können wir erst zustimmen, wenn im bereinigten Planungsbericht die offenen inhaltlichen Fragen geklärt, die Folgekosten vollumfänglich aufgezeigt und plausibilisiert sowie deren Finanzierbarkeit belegt sind. Wir behalten uns eine abschliessende Beurteilung des Bildungskleeblatts nach Vorliegen des definitiven Planungsberichts ausdrücklich vor.

- Wir begrüßen und unterstützen die Schaffung eines einheitlichen Bildungsraums Nordwestschweiz im Rahmen der nationalen Harmonisierungsvorgaben. Die von den Kantonsregierungen AG, BL, BS und SO präsentierten Harmonisierungsvorschläge verdienen jedoch das Etikett eines «gemeinsamen Bildungsraums» bei Weitem noch nicht. Wir haben bereits in unserer Stellungnahme zum Bildungskleeblatt den Verzicht auf eine aargauische Insellösung gefordert. Ideal für viele unserer Mitgliedunternehmen wäre eine schweizweite Vereinheitlichung des Schulsystems. Es ist als erster Schritt richtig, wenn die Kantone AG, BL, BS und SO das Konkordat HarmoS gemeinsam umsetzen und im Konkordat nicht geregelte Bereiche wie die Ausgestaltung der Sekundarstufe I einschliesslich des Volksschulabschlusses selber regeln wollen. Von einer konsequenten inhaltlichen Harmonisierung der Schulsysteme in Verbindung mit gemeinsamen Instrumenten der Qualitätssicherung versprechen wir uns auch vorteilhafte Auswirkungen auf die Bildungsqualität in der Nordwestschweiz.

3. Dokumentation

Vorlagen:

- Bildungskleeblatt: Schreiben BKS vom 15. Dezember 2006 mit Vernehmlassungsvorlage Planungsbericht vom Dezember 2006
- Bildungsraum: Schreiben BKS vom 24. Mai 2007 mit Erläuterungen vom 16. Mai 2007

Papiere AIHK:

- Bildungskleeblatt: Stellungnahme (mit Fragebogen) vom 30. März 2007 an das BKS
- Bildungsraum: Stellungnahme (Fragebogen) vom 21. September 2007 an das BKS

Weitere Dokumente:

- Bildungskleeblatt: AIHK-Mitteilungen Nr. 1/Januar 2007, S. 2 f. «Vielfältige Herausforderungen 2007»
- Bildungskleeblatt: AIHK-Mitteilungen Nr. 4/April 2007, S. 29 ff. «Ja zu Harmonisierung, aber Vorbehalte zum Kleeblatt»
- Bildungskleeblatt: AIHK-Mitteilungen Nr. 7/8/Juli/August 2007, S. 53 ff. «Schneller zur Maturität: Ja, aber nicht zulasten der Berufsbildung»
- Bildungskleeblatt: Medienmitteilung vom 30. März 2007 «Ja zu Harmonisierung, aber Vorbehalte zum Bildungskleeblatt»
- Bildungskleeblatt: Medienmitteilung vom 30. August 2007 «Bildungskleeblatt: Verbesserungen durch Kommissionen»
- Bildungsraum: Medienmitteilung vom 12. September 2007 «Bildungsraum Nordwestschweiz: Ein erster Schritt»
- Bildungskleeblatt: Botschaft des Regierungsrats zum Planungsbericht vom 23. Mai 2007 (07.134)
- Bildungskleeblatt: Beschlüsse des Grossen Rates vom 25. September 2007

2.7 Teilrevision Gesetz über die politischen Rechte

1. Worum geht es?

Der Regierungsrat schlägt vor, die Vorschriften über die Gültigkeit der Stimmen bei der direkten Wahl von Gemeindeammann und Vizeammann präziser zu fassen. Damit soll künftig verhindert werden, dass es innerhalb der Gemeinden zu unterschiedlichen Auslegungen von Wahlresultaten kommt. Im Weiteren umfasst die Teilrevision die Erweiterung der Möglichkeiten stiller Wahlen sowie die Umsetzung von drei parlamentarischen Vorstössen über die vorzeitige Urnenöffnung und über den Inhalt der Abstimmungserläuterungen.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir unterstützen die Teilrevision im vorgeschlagenen Sinne.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben DVI mit Anhörungsbericht und Fragebogen vom 4. Januar 2007

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 12. April 2007 (Schreiben und Fragebogen) an das DVI

2.8 Teilrevision Gesetz über die Grundbuchabgaben und Dekret über die Grundbuchgebühren

1. Worum geht es?

Am 1. Juli 2004 ist das eidgenössische Fusionsgesetz (FusG) in Kraft getreten. Das FusG verbietet den Kantonen, für die grundbuchliche Behandlung von Unternehmensumstrukturierungen Handänderungssteuern zu verlangen. Diese Vorlage zeigt den Anpassungsbedarf der kantonalen Gesetzgebung über die Erhebung von Abgaben für Handänderungen bei Unternehmensumstrukturierungen an das Bundesgesetz. Für die grundbuchliche Verarbeitung von Unternehmensumstrukturierungen sollen in Zukunft die vom FusG zugelassenen Gebühren erhoben werden. Dazu muss die heutige Abgaben- und Gebühregrundlage formell ins Dekret über die Grundbuchgebühren überführt werden. Zudem ist die bisherige Höhe der Abgabe für die

grundbuchliche Behandlung von Unternehmensumstrukturierungen nicht gebührentauglich. Sie muss erheblich reduziert werden.

2. Stellungnahme der AIHK

Die AIHK unterstützt im Interesse der Aargauer Wirtschaft die Vorlage. Wir erachten insbesondere die deutliche Reduktion der Gebühren als erfreulich. Allerdings schlagen wir vor, im Dekret eine periodische Überprüfung der Gebühren vorzusehen. Besonders die mit der Einführung des informatisierten Grundbuchs (GRUNAG) resultierende Rationalisierung der Handänderungen bei Umstrukturierungen von Unternehmen lässt eine weitere Senkung der Gebühren erwarten.

3. Dokumentation

Vorlage

- Anhörungsbericht des Regierungsrats vom 7. März 2007
- Bundesgesetz über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (Fusionsgesetz, FusG; SR 221.302)
- Kantonales Gesetz über die Grundbuchabgaben
- Kantonales Dekret über die Grundbuchgebühren

Papier AIHK

Stellungnahme vom 13. Juni 2007 an den Kanton Aargau, Staatskanzlei

2.9 Umsetzung Bundesgesetz über die Schwarzarbeit

1. Worum geht es?

Mit dem neuen Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA) sowie der zugehörigen Verordnung (VOSA) wurden die bundesrechtlichen Grundlagen geschaffen. Für die Umsetzung der neuen Kontroll- und Koordinationsaufgaben in den Kantonen per 1. Januar 2008 sind entsprechende kantonale, vorab verwaltungstechnische Anordnungen notwendig. Der Regierungsrat schlägt vor, das neue Kontrollorgan beim Migrationsamt anzusiedeln und die Kontrolltätigkeit durch die bereits mit dem FLAM-Vollzug betrauten Inspektoren ausüben zu lassen.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir haben uns bereits in der Stellungnahme vom 19. Dezember 2000 zu den bundesrechtlichen Grundlagen zurückhaltend optimistisch ge-

äussert. Selbstverständlich ist Schwarzarbeit zu bekämpfen; wir bezweifeln jedoch die durchschlagende Wirksamkeit der getroffenen Massnahmen. Wir stimmen den vorgeschlagenen kantonalen Umsetzungsbestimmungen mit weiteren Vorbehalten (Aufforderung an die Kantone für einen einheitlichen Vollzugsstandard, insbesondere in Bezug auf die direkt betroffenen Verbandsausgleichskassen) grundsätzlich zu. Aus Arbeitgebersicht erwarten wir zudem, dass die neuen Kontrollen nach BGSA in koordinierter und KMU-verträglicher Weise ausgestaltet werden und insbesondere Mehrfachkontrollen und damit unnötige Zusatzbelastungen der Unternehmen vermieden werden.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben DVI mit Anhörungsbericht vom 6. Juni 2007

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 5. Juli 2007 an das DVI

Weitere Dokumente:

AIHK-Aussand vom 19. September 2007, Brief Nr. 53.07

2.10 Agglomerationsprogramme AareLand und Aargau-Ost

1. Worum geht es?

Das eidgenössische Parlament hat im Oktober 2006 den Infrastrukturfonds «Agglomerationsverkehr, Nationalstrassennetz sowie Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen» geschaffen. Dieser auf 20 Jahre befristete Fonds erhält Mittel in Höhe von 21 Mrd. Franken (ganze Schweiz), wovon 6 Mrd. Franken für den Agglomerationsverkehr bereitstehen. Zur Abholung entsprechender Fonds-Gelder hat der Kanton dem Bund bis Ende 2007 entsprechende Agglomerationsprogramme einzureichen. Diese Programme müssen konkrete Massnahmen zur Förderung des Agglomerationsverkehrs darlegen, wobei die Definition der einzelnen Agglomerationen sowie bestimmte Grundanforderungen an die Massnahmen (z.B. Kosten- und Wirkungsabschätzung, Wirkungsausweis bezüglich Qualität des Verkehrssystems, Siedlungsentwicklung, Umweltbelastung, Ressourcenverbrauch usw.) vom Bund vorgegeben werden.

Gemäss Bundesdefinition besitzt der Aargau zwei «eigene» Agglomerationen, an zwei weiteren Agglo-Räumen ist er mitbeteiligt. Die Agglomeration AareLand umfasst die künftige «Netzstadt Aarau OltenZofingen», wobei sowohl Aargauer wie Solothurner und Luzerner Gemeinden mitbeteiligt sind. Die Agglomeration Aargau-Ost um-

fasst die Region Baden-Brugg (inkl. Limmattal), Lenzburg, Wohlen und die Teilagglomeration Mutschellen.

Der Realisierungszeitpunkt für beide Aargauer Agglomerationsprogramme ist für die Jahre 2011 – 2018 vorgesehen. Der Gesamtfinanzrahmen für alle vorgeschlagenen Massnahmen beläuft sich auf über 1 Mrd. Franken, wovon maximal 50 % aus dem Infrastrukturfonds bezahlt werden könnten. Dieser Bundesbeitrag ist jedoch kaum realisierbar, da der Aargau für die insgesamt 6 Mrd. Franken in harter Konkurrenz mit den übrigen rund 35 Agglomerationsprogrammen der andern Kantone steht.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir unterstützen die Agglomerationsprogramme im vorgeschlagenen Sinne, behalten uns aber anderslautende Stellungnahmen zu den konkreten Projekten vor.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben BVU vom 7. August 2007 mit Bericht «Agglomerationsprogramm Verkehr und Siedlung AareLand, Netzstadt AarauOltenZofingen» und Bericht «Agglomerationsprogramm Verkehr und Siedlung Aargau-Ost» sowie je zugehöriger Anhang, Massnahmenkarte und Massnahmenliste

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 5. Oktober 2007 an das BVU

Weitere Dokumente:

AIHK-Mitteilungen Nr. 9/September 2007, S. 71 f. «AareLand und Aargau-Ost: Des Aargaus neue Agglo-Kleider»

2.11 Haftungsgesetz: Totalrevision Verantwortlichkeitsgesetz mit Teilrevision Kantonsverfassung

1. Worum geht es?

Der Regierungsrat schlägt vor, die Rechtsgrundlagen der Staatshaftung zu überarbeiten und damit sowohl die Verfassungsmässigkeit wie auch die Rechtssicherheit und Kohärenz der massgebenden Normen sicherzustellen. Dafür soll das bisherige Verantwortlichkeitsgesetz totalrevidiert und neu Haftungsgesetz genannt werden. Wie bis anhin soll der Grundsatz der primären Staatshaftung statuiert, jedoch

in einigen Bereichen (z.B. bei Schäden, die durch Private, die im Auftrag des Gemeinwesens öffentliche Aufgaben erfüllen, verursacht werden) lediglich durch eine Ausfallhaftung des beauftragenden Gemeinwesens reguliert werden.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir begrüßen die wieder aufgenommenen Anstrengungen, die Rechtsgrundlagen der Staatshaftung zu modernisieren und den aktuellen Grundsätzen sowohl des Staats- wie des Haftpflichtrechts anzupassen. Dabei müssen die Interessen der in Ausübung von öffentlichen Aufgaben geschädigten Bürgerinnen und Bürger im Zentrum stehen. Anders als die regierungsrätliche Vorlage fordern wir eine konsequente Umsetzung des Prinzips der primären Staatshaftung. Dies betrifft insbesondere jene Schadenfälle, die durch private Organisationen oder Institutionen verursacht werden, die im Auftrag des Gemeinwesens (Kanton oder Gemeinden) öffentliche Aufgaben erfüllen. Hier kann es nicht angehen, den geschädigten Bürger schlechter zu stellen als wenn das Gemeinwesen selbst gehandelt hätte. Damit darf es nicht auf die Rechts- bzw. Organisationsform der schädigenden Person, Institution oder Organisation ankommen, sondern allein darauf, ob der Schädiger eine öffentliche Aufgabe im Sinne der Kantonsverfassung erfüllt.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben DFR mit Anhörungsbericht vom 13. September 2007

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 30. November 2007

Weitere Dokumente:

AIHK-Mitteilungen Nr.1/Januar 2008, S.7 f. «Entwurf des neuen Aargauer Haftungsgesetzes»

2.12 Vermessungsprogramm Aargau 2008 – 2011

1. Worum geht es?

Im Rahmen der Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden wurde die Durchführung der amtlichen Vermessung ab 1. Januar 2004 ausschliesslich dem Kanton übertragen. Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) per 1. Januar 2008 werden neue Zusammenarbeits- und Finanzierungs-

formen zwischen Bund und Kantonen geschaffen. Künftig beschliesst der Grosse Rat jeweils für die vierjährigen Programmperioden die Ziele für die amtliche Vermessung und bewilligt einen Globalkredit für die Vermessungsvorhaben. Für die Realisierung des Vermessungsprogramms 2008 – 2011 wird dem Grossen Rat ein Globalkredit (Grosskredit) mit einem einmaligen Nettoaufwand von 22 Mio. Franken beantragt. Der Grossratsbeschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir unterstützen die Vorlage im vorgeschlagenen Sinne.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben DVI mit Anhörungsbericht vom 14. September 2007

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 30. November 2007 an das DVI

2.13 Totalrevision Gesundheitsgesetz

1. Worum geht es?

Das Departement Gesundheit und Soziales (DGS) will mit der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes schwerpunktmässig den Schutz vor dem Passivrauchen erhöhen, die Tabak- und Alkoholwerbung einschränken, neue gesetzliche Grundlagen zur Koordination zwischen der ambulanten und stationären ärztlichen Notfallversorgung schaffen und einen Modellwechsel bei der Regelung der Berufszulassung vollziehen.

2. Stellungnahme der AIHK

Die AIHK begrüsst auf Grund der Wichtigkeit des Gesundheitswesens im Grundsatz die Totalrevision. Den Modellwechsel bei der Berufszulassung sehen wir als taugliche Lösung, um dem veränderten Umfeld in der Berufswelt Rechnung zu tragen.

Ablehnend stehen wir jedoch dem geplanten Werbeverbot für Tabak und Alkohol gegenüber. Wir erachten die vorgeschlagenen Bestimmungen als übermässigen Eingriff in die Eigentumsgarantie und die

Wirtschaftsfreiheit. Darüber hinaus sind die gewählten Formulierungen zu wenig präzise und sorgen somit für Rechtsunsicherheit bei den Betroffenen.

Ein Verkaufsverbot von Tabakwaren an Jugendliche begrüßen wir, sind jedoch der Ansicht, dass eine optimale Präventionswirkung nur mit einer Regelung auf Stufe Bund erreicht werden kann.

Der Schutz vor dem Passivrauchen wird nach unserer Auffassung bereits durch das Bundesgesetz zum Schutz vor dem Passivrauchen und die geltenden Bestimmungen des Arbeitsgesetzes sichergestellt. Eine kantonale Regelung erachten wir nicht zuletzt auf Grund der derogatorischen Kraft des Bundesrechtes als überflüssig.

3. Dokumentation

Vorlage:

- Schreiben DGS vom 14. September 2007
- Begleitbericht zur Vernehmlassungsvorlage vom 5. September 2007
- Gesetzesentwurf vom 5. September 2007

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 6. Dezember 2007 an das DGS

2.14 Teilrevision Kinderzulagengesetz

1. Worum geht es?

In Erfüllung einer SP-Motion schlägt der Regierungsrat vor, eine Teilrevision des aargauischen Kinderzulagengesetzes im Eilzugtempo zu beraten, zu verabschieden und per 1. September 2008 in Kraft zu setzen. Damit sollen die Zulagen vier Monate vor dem Inkrafttreten der neuen Bundeskinderzulagenordnung erhöht werden.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir haben gegenüber dem Departement Gesundheit und Soziales (DGS) unsere Ablehnung wie folgt begründet:

- Wir unterstützen ausdrücklich die vom Regierungsrat im Vernehmlassungsbericht angebrachten Vorbehalte gegen eine vorgezogene Teilrevision.
- Mit einer derartigen Teilrevision würden die Spielregeln für die Ausrichtung von Kinderzulagen an Arbeitnehmende in absehbarer Zeit drei Mal geändert:

- Per 1. September 2008: Erhöhung der Zulagen von 170 auf 200 bzw. 250 Franken pro Kind und Monat.
 - Per 1. Januar 2009: zwingende Anpassungen an das Bundesrecht, z.B. volle Zulagen für Teilzeitbeschäftigte.
 - Per 1. Januar 2010: übrige Neuerungen aus der Totalrevision des Kinderzulagengesetzes.
- Jede Änderung der Ansätze und übrigen Kriterien für die Ausrichtung von Kinder- oder Ausbildungszulagen verursacht administrative Aufwendungen einerseits bei den Betrieben und andererseits bei den zuständigen Familienausgleichskassen. Dies gilt noch verstärkt, wenn Neuerungen nicht auf den Beginn eines Kalenderjahres, sondern unter dem Jahr eingeführt werden. Die Erfahrungen mit der Erhöhung der Kinderzulagen per 1. Juli 2005 haben das deutlich gezeigt. Besonders betroffen von derartigen Aufwänden sind KMU.
- Daneben entstehen aus der Erhöhung der Zulagen auch direkte Kosten, welche beim aargauischen Finanzierungssystem vollumfänglich durch die Arbeitgebenden zu tragen sind. Der Vernehmlassungsbericht des Regierungsrates rechnet mit Mehrausgaben von rund 20 Mio. Franken für private Arbeitgebende und von 1,5 Mio. Franken beim Kanton als Arbeitgeber. Nicht in diesen Zahlen enthalten sind die Mehraufwendungen für Arbeitgebende, die nicht einer Familienausgleichskasse angeschlossen sind, die Zulagen also nach den kantonalen Ansätzen aus der eigenen Tasche bezahlen.
- Diesen Mehrkosten steht aus familienpolitischer Sicht ein bescheidener Nutzen gegenüber, weil die erhöhten Kinderzulagen weiterhin an den bisherigen Bezügerkreis, nach dem Giesskannenprinzip und nur vier Monate früher ausgerichtet würden. Die Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen wird mit dem Verzicht auf eine Teilrevision nicht gestrichen, sondern bloss um vier Monate aufgeschoben. Zusammen mit anderen Neuerungen kann sie am 1. Januar 2009 in Kraft treten.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben DGS vom 15. November 2007 mit Begleitbericht vom 14. November 2007

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 17. Dezember 2007 an das DGS

Weitere Dokumente:

- Medienmitteilung vom 6. Dezember 2007 «AIHK gegen unnütze Zwängerei bei Kinderzulagengesetzrevision»
- AIHK-Mitteilungen Nr. 12/Dezember 2007, S. 89 f. «Gegen unnütze Zwängerei bei den Kinderzulagen»

3 Eidgenössische Politik

3.1 Volksabstimmungen und Wahlen

Vorlage	Datum	Ja (Kt. AG)	Nein (Kt. AG)	Stimm- beteiligung	Parole AIHK
Volksinitiative vom 9. Dezember 2004 «Für eine soziale Einheitskrankenkasse»	11.03.2007	641 917 (27 241)	1 590 213 (121 037)	46 % (39 %)	Nein
Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG); Änderung vom 6. Oktober 2006	17.06.2007	1 039 282 (74 191)	719 628 (41 195)	36 % (30 %)	Ja

Dokumentation

- AIHK-Mitteilungen Nr. 1/Januar 2007, S. 5 f. «Markt oder Staat? – Das Gesundheitswesen vor einer Weichenstellung»
- AIHK-Mitteilungen Nr. 2/Februar 2007, S. 14 ff. «Keine Katze im Sack kaufen!»
- AIHK-Mitteilungen Nr. 4/April 2007, S. 32 ff. «Case Management in der Invalidenversicherung»
- AIHK-Mitteilungen Nr. 5/Mai 2007, S. 37 ff. «Mit einem Ja die Sanierung der IV ermöglichen»
- Medienmitteilung vom 4. Juni 2007 «AIHK: Mit einem Ja die Sanierung der IV ermöglichen»

Nationalratswahlen

Die Gesamterneuerungswahlen des Nationalrates für die Amtsperiode 2007 - 2011 fanden am 21. Oktober 2007 statt. Der nachstehende Kasten bezeichnet die von Parteien im Kanton Aargau erreichten Wähleranteile (Stamm- und übrige Parteilisten) sowie die erzielten Mandate.

Partei	Wähleranteile		Mandate
SVP	36,2 %	+ 1,6 %	6
SP	17,9 %	- 3,3 %	3
FDP	13,6 %	- 1,7 %	2
CVP	13,5 %	- 2,1 %	3
Grüne	8,1 %	+ 2,1 %	1
EVP	4,3 %	- 0,9 %	
Forum ¹	4,1 %	-	
EDU ²	1,2 %	-	
SD ³	0,7 %	- 0,7 %	
KVP ⁴	0,3 %	-	
FAP ⁵	0,2 %	-	

¹ Forum Liberale Mitte für Mensch, Umwelt, Wirtschaft

² Eidgenössisch-Demokratische Union

³ Schweizer Demokraten

⁴ Katholische Volkspartei Aargau

⁵ Familiä-Partei

Dokumentation

- AIHK-Mitteilungen Nr. 9/September 2007, S. 65 ff. «Für eine starke bürgerliche Vertretung in Bern»
- AIHK-Mitteilungen Nr. 11/November 2007, S. 81 f. «Rückblick auf die Wahlen im Kanton Aargau»

3.2 Revision Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz

1. Worum geht es?

Der Bundesrat will im Rahmen einer Revision des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes die parlamentarischen Kommissionen neu ordnen und dabei auch rund einen Drittel der Kommissionen aufheben.

2. Stellungnahme der AIHK

Die Kammer unterstützt das Vorhaben des Bundesrates. Wir sind der Meinung, dass dieser Schritt alleine jedoch nicht genügt und stehen für weitere effizienzsteigernde Reformschritte ein.

3. Dokumentation

Vorlage:

- Schreiben SAV vom 8. Dezember 2006
- Schreiben economiesuisse vom 14. Dezember 2006

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 22. Februar 2007 an SAV und economiesuisse

3.3 Revision Unfallversicherungsgesetz

1. Worum geht es?

Der Bundesrat unterbreitet gleichzeitig zwei Gesetzgebungsprojekte zur Stellungnahme, die das Parlament auch unabhängig voneinander behandeln kann. Mit Vorlage I soll die Unfallversicherung modernisiert werden. Vorlage II regelt die Organisation der Suva teilweise neu.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir haben den Spitzenverbänden folgende Punkte unterbreitet:

- Der Revisionsbedarf ist aus unserer Sicht ausgewiesen. Wir begrüssen die Aufteilung der Revision in zwei Vorlagen sowie deren Stossrichtungen.
- Herabsetzung der Quantile zur Bestimmung des höchstversicherten Verdienstes: Wir begrüssen die vorgeschlagene Neuerung einerseits aus grundsätzlichen Erwägungen. Es ist aus unserer Sicht richtig, den versicherten Verdienst in Sozialversicherungen nicht zu hoch anzusetzen. Wir erachten deshalb auch die Koppelung des versicherten Verdienstes in der ALV an jenen gemäss UVG als richtig. Gegen eine Entkoppelung der IV-Taggelder haben wir nichts einzuwenden. Andererseits scheint uns, aus Arbeitgebersicht, die vorgeschlagene Lösung bei Einbezug der ALV in die Gesamtbetrachtung auch finanziell richtig. Dies gilt, obwohl der Bedarf nach UVG-Zusatzversicherungen steigen dürfte und für die Suva wohl tatsächlich ein Nachteil auf der Beitragsseite entstehen dürfte. In der ALV erachten wir die Auswirkungen als positiv. Leider geben die Vernehmlassungsunterlagen keinen Aufschluss über alle finanziellen Auswirkungen der Änderung. Wir beantragen, eine entsprechende Ergänzung der Botschaft zu verlangen. Die Vorteile der vorgeschlagenen Änderung gewichten wir zusammenfassend höher als deren Nachteile.

- Heraufsetzung des Mindestinvaliditätsgrades für Invalidenrenten von 10 auf 20 %: Aus unserer Sicht überwiegen die Vorteile einer Heraufsetzung. Das gilt vor allem mit Blick auf die durch Nichtberufsunfälle ausgelösten Invalidenrenten, die gemäss Statistik überwiegen. Der Mindestinvaliditätsgrad bleibt auch mit 20 % noch auf einem recht tiefen Niveau (der durchschnittliche Invaliditätsgrad liegt ja gemäss Unfallstatistik bei etwa 40 %). Das Risiko einer Mehrbelastung der Arbeitgebenden durch vermehrte Schadenersatzforderungen erscheint uns dagegen als tragbar. Wir stimmen deshalb der vorgeschlagenen Lösung zu.
- Karenzfrist: Wir erachten die Lösung mit einer einheitlichen Karenzfrist von 3 Tagen nach wie vor als einfach und zweckmässig. Denn es scheint uns ungewiss, ob die erhofften Prämienreduktionen bei einer Verlängerung der Karenzfrist tatsächlich realisierbar wären (Abklärungen und Pflegeleistungen würden ja auch in dieser Phase etwas kosten). Aus grundsätzlichen Erwägungen würden wir uns gegen eine Liberalisierung mit freier Wahlmöglichkeit für die Betriebe aber nicht wehren.
- Abgrenzung des Zuständigkeitsbereiches der Suva und der Privatversicherer: Wir begrüssen eine klare Regelung der Zuständigkeiten im UVG. Auf Basis der uns vorliegenden Unterlagen können wir aber nicht abschliessend beurteilen, ob die vorgeschlagene Lösung über alles gesehen zweckmässig ist. Wir können einzig feststellen, dass risikoarme Mitgliedunternehmen gern von der Suva zu Privatversicherungen wechseln würden. Von dieser Seite würde der Vorschlag, bestimmte Betriebe von der Unterstellung unter die Suva auszunehmen, sicher begrüsst. Mitgliedunternehmen, die bei der Suva versichert bleiben, dürften das anders beurteilen.
- Nebentätigkeiten der Suva: Wir sind der Auffassung, dass die Nebentätigkeiten der Suva beschränkt bleiben sollen und begrüssen deshalb die Aufzählung der zulässigen Nebentätigkeiten im Gesetz. Wir unterstützen die von der Arbeitsgruppe des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes beschlossene Ablehnung der Ausweitung der Geschäftstätigkeit auf die Vermögensverwaltung. Wir fragen uns aber zusätzlich, ob mit Blick auf die Konkurrenzierung privater Anbieter nicht auch die Schadenabwicklung für Dritte und die Beratung im Bereich betrieblicher Gesundheitsförderung (BGF) kritisch sind. Beim letztgenannten Thema stellt sich zudem die Frage der Verbindlichkeit von «Ratschlägen» der Suva. Droht auf diesem Weg nicht Druck auf die Unternehmen, betriebliche Gesundheitsförderung ebenso zu betreiben wie Prävention von Unfällen und Berufskrankheiten? Wir beobachten die laufenden Aktivitäten zur stärkeren Verbreitung von betrieblicher Gesundheitsförderung auf schweizerischer und kantonaler Ebene jedenfalls mit zwiespältigen Gefühlen (obwohl wir BGF durchaus als sinnvoll erachten, muss sie klar freiwillig bleiben).

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben SAV vom 8. und economiesuisse vom 13. Dezember 2006 mit Vernehmlassungsvorlage des EDI vom November 2006

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 27. Februar 2007 an SAV und economiesuisse

3.4 Bundespatentgerichtsgesetz und Patentanwaltsgesetz

1. Worum geht es?

Der Entwurf zu einem Bundespatentgerichtsgesetz sieht die Schaffung eines nationalen Spezialgerichts vor, das bei Streitigkeiten in Patentsachen allein zuständig ist. Es gewährleistet als Vorinstanz des Bundesgerichts das erforderliche Fachwissen und einen effektiven Rechtsschutz für Erfindungen. Nach dem Entwurf zu einem Patentanwaltsgesetz ist das Führen bestimmter Berufsbezeichnungen nur Personen mit nachgewiesener Berufsqualifikation gestattet. Damit kann die fachliche Befähigung sichergestellt und Transparenz beim Dienstleistungsangebot geschaffen werden.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir unterstützen beide Vorlagen im vorgeschlagenen Sinne und schliessen uns in den Detailausführungen den entsprechenden, bereits vorab geäusserten positiven Stellungnahmen von economiesuisse (vom 29. Oktober 2004 und 3. Januar 2005) an.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben economiesuisse vom 14. Dezember 2006 mit Vernehmlassungsvorlagen des EJPD vom 29. November 2006

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 2. März 2007 an economiesuisse

3.5 Einführung Finanzreferendum

1. Worum geht es?

Mit der Vorlage (Pa.lv. 03.401) soll ein Finanzreferendum auf Bundesebene eingeführt werden. Neu sollen Verpflichtungskredite, die neue einmalige Ausgaben von mehr als 200 Mio. Franken oder neue wiederkehrende Ausgaben ab 20 Mio. Franken vorsehen, dem fakultativen Referendum unterstellt werden.

Da es sich erst um einen Bericht der zuständigen nationalrätlichen Kommission handelt, ist eine abschliessende Stellungnahme schwierig. Bekannt ist, dass die Mehrheitsverhältnisse jeweils sehr knapp ausfielen und starke Minderheiten verschiedenste Detailanträge stellten. Die Unterstützung der Vorlage erfolgte in der Kommission denn auch nur mit Stichentscheid des Präsidenten.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir unterstützen im Grundsatz die Idee eines (fakultativen) Bundesfinanzreferendums auf Gesetzesstufe. Die Einflussnahme des Bürgers/der Bürgerin auf Bundesebene ist mit dem heutigen Instrumentarium (Verfassungsinitiative, Gesetzesreferendum) sehr beschränkt. Es ist uns aber bewusst, dass diese Vorlage kaum über das Stadium des Kommissionsberichts hinauskommen wird. Zwischenzeitlich wurde denn auch bereits eine Fristverlängerung für die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage bis zur Herbstsession 2008 beschlossen.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben economiesuisse vom 19. März 2007 mit Vernehmlassungsvorlage der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats vom 28. Februar 2007

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 1. Mai 2007 an economiesuisse

3.6 Sonderschutz jugendliche Arbeitnehmende (ArGV 5)

1. Worum geht es?

Mit der Revision von Art. 29 Abs. 1 des Arbeitsgesetzes (ArG) wurde das Jugendschutzalter generell auf 18 Jahre gesenkt. Die darauf ge-

stützte neue Verordnung 5 zum ArG (Jugendarbeitsschutzverordnung, ArGV 5) bezweckt, wie die bisherigen Jugendschutzbestimmungen, den Schutz der Gesundheit und der Sicherheit der Jugendlichen bei der Arbeit bis zum 18. Altersjahr. Dieses Ziel gilt sowohl für Jugendliche, die sich in einer beruflichen Grundbildung befinden, als auch für solche, die bereits in der Arbeitswelt integriert sind oder in der Freizeit ihr Taschengeld aufbessern wollen.

Grundsätzlich gilt bis 15 Jahre ein generelles Arbeitsverbot. Unter bestimmten Voraussetzungen dürfen Jugendliche unter 15 Jahren aber bei kulturellen, künstlerischen und sportlichen Darbietungen eingesetzt werden. Für diese Tätigkeiten wird keine Bewilligungspflicht mehr vorgesehen. Ausnahmslos verboten bis 16 Jahre sind gefährliche Arbeiten. Was gefährliche Arbeiten sind, wird in einer separaten Departementsverordnung aufgelistet. Im Rahmen der beruflichen Grundbildung können diese aber zugelassen werden. Nacht- und Sonntagsarbeit für Jugendliche bis 18 Jahre wird nur dann bewilligt, wenn dies zum Erreichen der Ziele der beruflichen Grundbildung notwendig ist. Einzelfallbewilligungen sollen jedoch die Ausnahme sein, da in einer zweiten separaten Departementsverordnung festgelegt wird, für welche Berufe und in welchem Umfang Nacht- und Sonntagsarbeit für Jugendliche zugelassen wird.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir unterstützen die Vorlage mit gewissen Vorbehalten gegenüber den sehr kompliziert und unübersichtlich ausgefallenen Departementsverordnungen. Darin wie auch in der neuen ArGV 5 werden zahlreiche auslegungsbedürftige Begriffe verwendet, was in der Praxis zu Rechtsunsicherheiten und Ungleichbehandlungen führt. Wir befürchten infolge der starken Reglementierung auch Gefahren für unerwünschte Einschränkungen in der Lehrlingsausbildung. In diesen Fällen ist durch das zuständige BBT sicherzustellen, dass die notwendigen Ausnahmegewilligungen auch erteilt werden. Im Weiteren erachten wir die maximal zulässigen 3 x 3 Wochenstunden für die Beschäftigung schulpflichtiger Jugendlicher ab 15 Jahren als zu einschränkend und nicht mehr den Realitäten entsprechend.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben SAV vom 7. März 2007 mit Vernehmlassungsvorlagen des EVD vom 28. Februar 2007

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 1. Mai 2007 an den SAV

Weitere Dokumente:

AIHK-Aussand vom 21. November 2007, Brief Nr. 70.07

3.7 Systementscheid bei der Ehepaarbesteuerung

1. Worum geht es?

Der Bundesrat will klären, ob Ehepaare weiterhin gemeinsam oder neu getrennt besteuert werden sollen. Ein solcher Systementscheid drängt sich wegen gegensätzlicher parlamentarischer Vorstösse auf. Gleichzeitig will der Bundesrat mit dem Systementscheid der gesellschaftlichen Veränderung Rechnung tragen. Er schickt darum vier Modelle in die Vernehmlassung. Diese erfüllen weitestgehend die Vorgaben des Bundesgerichts bezüglich Belastung der verschiedenen Kategorien von Steuerzahlenden durch die direkte Bundessteuer. Nach der Vernehmlassung sollen dem Parlament die notwendigen Grundlagen unterbreitet werden, damit es einen Grundsatzentscheid über die Besteuerungsform für Ehepaare treffen kann. Eine Systemänderung kann sich positiv auf den Arbeitsmarkt und dadurch auf das Wirtschaftswachstum auswirken.

2. Stellungnahme der AIHK

Vorab ist festzuhalten, dass grundlegende steuerliche Systemfragen nicht zu unserer Kernkompetenz als Arbeitgeberverband gehören. Da Handlungsbedarf aber nicht nur in dieser, sondern bezüglich des gesamten schweizerischen Steuersystems besteht, haben wir uns vernehmen lassen und folgende, aus wirtschaftlich-liberaler Sicht bestehende Anliegen eingebracht:

- Den gewandelten Realitäten bezüglich Familiengestaltung ist Rechnung zu tragen. Daher sollte die Besteuerung unabhängig vom gewählten Familienmodell und unabhängig vom Zivilstand erfolgen.
- Gleichzeitig sind Ungleichbehandlungen faktisch gleicher Familienformen aufzuheben.
- Der Bestrafungseffekt für erzielte höhere Einkommen (Progression) muss gemildert werden, im Sinne von «Leistung lohnt sich» auch für Steuerzahlende.
- Erleichterungen bei der Familienbesteuerung dürfen nicht zu Lasten anderer Kategorien von Steuerpflichtigen erfolgen, die nicht der Familienbesteuerung unterstehen (z.B. Alleinstehende oder juristische Personen).
- Ein allfälliger Systemwechsel muss in den Gesamtzusammenhang allfälliger künftiger weiterer Reformen des Steuersystems gestellt werden.
- Ein allfälliger Systemwechsel muss zur Vereinfachung und Erhöhung der Transparenz beitragen.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben economiesuisse vom 29. Januar 2007 mit Vernehmlassungsvorlagen der EStV vom 15. Dezember 2006

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 21. Mai 2007 an economiesuisse

3.8 Systementscheid bei der Erschöpfung im Patentrecht

1. Worum geht es?

Die Vernehmlassungsvorlage legt die Fragestellung der Erschöpfung im Patentrecht ganzheitlich dar. Ausgehend von den bisherigen Untersuchungen der Fragestellung durch den Bundesrat stellt die Vorlage die ganze Breite der Lösungsansätze dar und bewertet die verschiedenen Optionen sowohl aus rechtlicher wie wirtschaftlicher Sicht.

2. Stellungnahme der AIHK

Innerhalb der Mitgliedunternehmen unserer Kammer sind die Meinungen, soweit sie uns bekannt sind, zur patentrechtlichen Erschöpfung geteilt. Dies ist verständlicherweise abhängig von der konkreten wirtschaftlichen Tätigkeit und den damit verbundenen Bedürfnissen nach patentgeschützten (Konsum-)Gütern zum Eigengebrauch oder für die Bestreitung einer geschäftlichen Tätigkeit. Davon unabhängig vertreten wir jedoch die Ansicht, dass die Frage der patentrechtlichen Erschöpfung im Laufe der parlamentarischen Beratungen eine Bedeutung erlangt hat, die ihr zur Bekämpfung der – unbestrittenermassen zu bekämpfenden – so genannten «Hochpreisel Schweiz» schlicht nicht zukommt. Die aus Konsumentensicht relevanten patentgeschützten handelbaren Konsumgüter bilden einen derart kleinen Teil im Gesamtwarenverkehr, dass die durch eine internationale Erschöpfung wahrscheinlich zu erzielenden Preisreduktionen für die Gesamtwirtschaft praktisch unbedeutend wären. Als bedeutsamste Ausnahme, die zugleich auch die wichtigste für die Konsumentinnen und Konsumenten darstellt, stehen die pharmazeutischen Produkte, insbesondere die Medikamente, bekanntlich im Zentrum des Interesses. Und hier, wo durch die Zulassung von Parallelimporten tatsächlich markante Preisreduktionen zu erzielen wären, erübrigt sich unseres Erachtens die Diskussion, solange die inländischen Preise staatlich festgelegt sind und damit der Preiswettbewerb von vorneherein ausgeschlossen wird.

Aus ordnungspolitischer sowie wirtschaftsliberaler Sicht wäre ein tatsächlich freier Markt für alle Güter natürlich zu begrüssen. Zur Realisierung dieses Ziels müssen aber auch die zugehörigen Rahmenbedingungen entsprechend gleichwertig sein («gleich lange Spiesse»). Dies ist im Bereich der in der Schweiz patentgeschützten Güter umso bedeutsamer, als der Schutz und die Förderung von Erfindungsgeist sowie Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen einer der zentralen Pfeiler des Werk- und Arbeitsplatzes Schweiz darstellen. Solange demnach die in direkter Konkurrenz mit der schweizerischen Wirtschaft stehenden ausländischen Patentrechte innerstaatlich an der nationalen Erschöpfung festhalten, solange kann es nicht primäre Aufgabe der Politik sein, diese «Spielregeln» einseitig zu Lasten der schweizerischen Wirtschaft abzuändern. Die Schweiz als Nicht-EU- und Nicht-EWR-Mitglied sollte diesen aktuellen Wettbewerbsvorteil bzw. Wettbewerbsgleichstand nicht ohne Not preisgeben.

Schliesslich erachten wir allgemein die mögliche Statuierung von erschöpfungstechnischen Mischformen (Ausnahmen und Varianten zur jeweiligen «Grunderschöpfung» gemäss erläuterndem Bericht) als völlig unnötig, zu kompliziert und letztlich als gleichermaßen unerwünschte Staatsintervention, die die Marktteilnehmenden wiederum ungleich behandelt.

Zusammenfassend halten wir fest:

- Die Abkehr von der nationalen Erschöpfung im schweizerischen Recht ist unter den geltenden (nationalen und internationalen) Rahmenbedingungen weder notwendig noch sinnvoll.
- Zur Bekämpfung der «Hochpreisinsel Schweiz» sind die bereits angelaufenen Massnahmen (THG-Revision, Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips, Abbau administrierter Preise usw.) viel effizienter und – vor allem – wirksamer. Diese sind konsequent weiterzuführen.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben economiesuisse vom 27. April 2007 mit Vernehmlassungsvorlagen des EJPD vom 18. April 2007

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 30. Mai 2007 an economiesuisse

3.9 Revision Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer

1. Um was geht es?

Der Bundesrat will die Mehrwertsteuer total revidieren. Inhaltlich wurde die Vorlage in drei Module gegliedert: Modul «Steuergesetz», Modul «Einheitssatz inkl. Variante Gesundheitswesen» und das Modul «2 Sätze». Das Modul «Steuergesetz» sieht verschiedene Neuerungen auf Gesetzesstufe vor. Diese sollen Verbesserungen für die Steuerpflichtigen bringen. Das Modul «Einheitssatz» sieht die Abschaffung sämtlicher Steuerausnahmen und die Einführung eines Einheitssatzes vor. Das Modul «2 Sätze» sieht die Einführung von zwei Mehrwertsteuersätzen vor.

2. Stellungnahme der AIHK

Das Modul «Steuergesetz» hat für die Wirtschaft grösste Dringlichkeit. Die Stossrichtung der Gesetzesrevision befürworten wir.

Nicht einverstanden sind wir im Bereich der subjektiven Steuerpflicht mit der geplanten Umstellung von vereinnahmten auf vereinbarte Entgelte, da dies den betroffenen Unternehmen grosse Umtriebe verursacht, steuertechnisch jedoch keinen Vorteil bietet. Positiv werten wir die Möglichkeit der freiwilligen Steuerunterstellung für Neuunternehmen. Ebenfalls gut gelöst ist unseres Erachtens die Neuregelung der Gruppenbesteuerung.

Im Bereich der objektiven Steuerpflicht sind wir gegen die Neuformulierung der unecht befreiten Leistungen, da dies zu Rechtsunsicherheiten führt, zumal inhaltlich keine Veränderungen vorgenommen wurden. Zu wenig vereinfacht ist nach unserer Auffassung der Vorsteuerabzug.

Von den vorgeschlagenen Modulen setzten wir uns für die rasche Umsetzung des Moduls «Steuergesetz» ein. Ebenso erachten wir das Modul «Einheitssatz» als am besten geeignet, die Ziele der Reform zu erreichen. Dabei plädieren wir für einen möglichst tiefen Steuersatz. Die Variante «Gesundheitswesen» stellt einen eigentlichen Kompromiss dar und schafft wiederum neue Ausnahmen, was wir ablehnen. Kompromisse sollten nach unserer Auffassung das Ergebnis des politischen Entscheidungsprozesses sein und nicht bereits als mögliche Varianten erscheinen.

Das Modul «2 Sätze» überzeugt nicht, da es gegenüber der heutigen Regelung nur geringfügige Änderungen mit sich bringt. Darüber hinaus bleiben schwierige Abgrenzungsfragen bestehen und die schädliche *taxe occulte* wird zu wenig abgebaut.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben economiesuisse vom 1. März 2007 mit Vernehmlassungsunterlagen des EFD vom 15. Februar 2007

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 30. Mai 2007 an economiesuisse

Weitere Dokumente:

AIHK-Mitteilungen Nr. 7/8/Juli/August 2007, S. 57 ff. «Warum es den Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer braucht»

3.10 Totalrevision Handelsregisterverordnung

1. Worum geht es?

Am 16. Dezember 2005 haben die eidgenössischen Räte die Neuregelung des Rechts der Gesellschaft mit beschränkter Haftung und die Neuordnung der Revisionspflicht im Gesellschaftsrecht verabschiedet. Zur Umsetzung dieser grundlegenden Änderungen des Obligationenrechts müssen die notwendigen Ausführungsbestimmungen in der Handelsregisterverordnung erlassen werden. Die Revision umfasst auch neue Bestimmungen über die elektronische Registerführung.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir unterstützen das vorgeschlagene Vorgehen und begrüßen die Totalrevision. Es ist sinnvoll, diesen für alle am Wirtschaftsleben Teilnehmenden wichtigen Erlass der geltenden Praxis und den Aktualitäten, insbesondere den technischen Fortschritten, anzupassen.

Dabei stehen für uns folgende Punkte im Vordergrund:

- kostenlose Konsultation der HR-Daten über das Internet;
- elektronische Einreichung von Anmeldungen und Belegen;
- Einführung der Identifikationsnummer, wobei die Anwendungsbestimmungen zu Lasten der Unternehmen zu detailliert ausgefallen sind. Hierzu besteht noch Klärungsbedarf.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben economiesuisse vom 11. April 2007 mit Vernehmlassungsvorlage des EJPD vom 28. März 2007

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 7. Juni 2007 an economiesuisse

3.11 Familienzulagenverordnung

1. Worum geht es?

Zur Konkretisierung des Familienzulagengesetzes des Bundes soll eine Verordnung geschaffen werden, welche Vollzugsfragen klärt und den Kantonen Vorgaben für die Umsetzung der neuen Bundesvorschriften in kantonales Recht macht. Die neue Bundesfamilienzulagenordnung soll auf den 1. Januar 2009 in Kraft treten.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir haben dem Schweizerischen Arbeitgeberverband (SAV) folgende Punkte unterbreitet:

- Das Familienzulagengesetz des Bundes bringt – entgegen den vielerorts gehegten Erwartungen – (fast) keine administrative Entlastung für die Betriebe. Es müssen deshalb im Rahmen des auf Verordnungsstufe Möglichen für die Betriebe einfache Lösungen gefunden werden. Am einfachsten aus betrieblicher Sicht wäre, für alle Beschäftigten Familienzulagen nach den am Hauptsitz geltenden Regeln ausrichten zu können. Dass der im Gesetz verwendete Begriff der Zweigniederlassung in der Verordnung noch ausgedehnt werden soll, lehnen wir deshalb ab. Wir beantragen, nur im Handelsregister eingetragene Zweigniederlassungen separat abrechnungspflichtig zu erklären. Andere Betriebsstätten könnten so über den Hauptsitz abgerechnet werden. Das scheint uns mit Blick auf die durch die Bundesregelung entstehende Angleichung der Zulagensätze ohne Weiteres vertretbar.
- Das Familienzulagengesetz geht davon aus, dass die bestehende Kassenstruktur nicht angetastet werden soll. Durch eine Vielzahl von Familienausgleichskassen wird einerseits ein erwünschter, wenn auch eingeschränkter, Wettbewerb ermöglicht. Andererseits ist es den Arbeitgeberverbänden so möglich, die von ihren Mitgliedern bevorzugte Organisation für ihre Familienausgleichskassen zu wählen. Diesen Grundsätzen läuft der Verordnungsentwurf zuwider, was gemäss unserem Antrag zu ändern ist.
- Die Schaffung kantonaler Lastenausgleichsmechanismen lehnen wir grundsätzlich ab, unter anderem weil sie die Kassenstruktur auch negativ beeinflussen können. Das gilt besonders dann, wenn mit einem Lastenausgleich eine vollständige Nivellierung der Beitragssätze angestrebt und damit die Finanzierungsautonomie der Kassen ausgehöhlt wird. Alle Formulierungen des Verordnungsentwurfs, die auf eine Pflicht der Kantone zur Schaffung von Lastenausgleichen hindeuten, lehnen wir deshalb ab.

- Um Missbräuche verhindern zu können, ist die die Schaffung eines zentralen Kinder- und Bezügerregisters zwingend. Wir beantragen eine entsprechende Ergänzung der Familienzulagenverordnung.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben SAV vom 4. April 2007 mit Vernehmlassungsvorlage des EDI vom März 2007

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 20. Juni 2007 an den SAV

3.12 Anhang zum Swiss Code betreffend Entschädigungen

1. Worum geht es?

Der Swiss Code of Best Practice, welcher für alle in der Schweiz börsenkotierten Unternehmen verbindlich ist, soll im Bereich der Entschädigungen für Manager ergänzt und präzisiert werden.

2. Stellungnahme der AIHK

Die Kammer begrüsst diese Reform und hofft, dass das in der Öffentlichkeit entstehende Zerrbild, wonach die gesamte Wirtschaft von Lohnexzessen durchgeschüttelt wird, korrigiert wird. Nach unserer Auffassung wächst durch die zunehmend schwindende Differenzierung des Problems, die Gefahr eines nachhaltigen Imageschadens für die gesamte Schweizer Wirtschaft. Inhaltlich plädieren wir für eine schärfere Regelung bezüglich goldenen Fallschirmen, da die vorgesehene Regelung für unser Verständnis zu viele Schlupflöcher offen lässt.

3. Dokumentation

Vorlage:

- Schreiben economiesuisse vom 2. Juli 2007 und Schreiben SAV vom 16. Juli 2007
- Vernehmlassungsunterlagen

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 3. August 2007 an economiesuisse und SAV

3.13 Revision Zivildienstgesetz und Wehrpflichtabgabegesetz

1. Worum geht es?

Mit einer Revision des Zivildienstgesetzes soll die Gewissensprüfung abgeschafft und ein Tatbeweis eingeführt werden. Dieser Tatbeweis soll darin liegen, dass der Zivildienst entweder 1,5- oder 1,8-mal so lange dauert, wie der obligatorische Militärdienst.

Bei der Revision des Wehrpflichtabgabegesetzes soll unter anderem die Mindestabgabe erhöht und einzelne Regelungen bezüglich der Anerkennung von Teildienstleistungen abgeschafft werden.

2. Stellungnahme der AIHK

Die Revision des Zivildienstgesetzes erachten wir als nicht notwendig. Die bestehende Regelung funktioniert gut und bereitet keine Probleme für die Beteiligten. Deshalb lehnen wir eine Revision und insbesondere die Abschaffung der Gewissensprüfung ab.

Soll trotzdem eine Revision durchgeführt werden, so plädieren wir für einen Tatbeweis der diesen Namen auch verdient. Dies ist unseres Erachtens die Variante «Tatbeweis 1,8». Nur bei dieser Variante ist ein korrekter Ausgleich zwischen der Attraktivitätssteigerung des Zivildienstes durch die Abschaffung der Gewissensprüfung und der Wehrgerechtigkeit gegeben.

Skeptisch stehen wir dem Argument gegenüber, wonach die Anhebung der Mindestabgabe von 200 auf 400 Franken im Wehrpflichtabgabegesetz Dienstverschiebungen unattraktiver machen soll. Wir vertreten die Auffassung, dass wer sich vom Dienst «loskaufen» will, dies auch bei 400 Franken machen wird. Wirklich wirksam wäre hier nur eine Erhöhung des Prozentsatzes der Wehrpflichtersatzabgabe.

Positiv werten wir die übrigen Revisionspunkte der Vorlage. Insbesondere die Abschaffung der Vergünstigungen erachten wir als wünschenswert, da sie auch eine Erleichterung auf der Vollzugsseite (Kantone) bringt.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben SAV vom 20. Juli 2007

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 27. September 2007 an SAV

3.14 Faire Abstimmungskampagnen

1. Worum geht es?

Die Vernehmlassungsunterlagen umschreiben die Ausgangslage wie folgt: Verschiedene Kampagnen zu eidgenössischen Volksabstimmungen der jüngeren Vergangenheit sind stark durch Interessengruppen geprägt worden, die mit hohem Mitteleinsatz eine starke mediale Präsenz erreicht haben. Im Gegensatz dazu haben die Parteien als traditionelle Meinungsträger bei der Meinungs- und Willensbildung zu Sachfragen tendenziell an Einfluss verloren. Gleichzeitig stehen auch die für einen Urnengang verantwortlichen Initiativ- und Referendumskomitees bisweilen vor der Schwierigkeit, dass finanzpolitisch wenig relevante oder im Parlament kaum bestrittene Vorlagen in den Medien wenig Aufmerksamkeit finden. Die demokratiepolitischen Voraussetzungen für faire Abstimmungskampagnen haben sich somit in verschiedener Hinsicht verschlechtert. Mit dem vorliegenden Entwurf für ein «Bundesgesetz über die Mitwirkung der Parteien an der Meinungs- und Willensbildung des Volkes» präsentiert die Staatspolitische Kommission des Nationalrats (SPK) gesetzliche Grundlagen, die in den eidgenössischen Abstimmungskämpfen für mehr Fairness sorgen sollen. Wer an der Entstehung einer Vorlage, über die abgestimmt wird, im Parlament politisch massgebend mitgewirkt hat, und auch wer durch eine Initiative oder ein Referendum einen eidgenössischen Urnengang bewirkt, soll seine Position in der Öffentlichkeit auch dann zur Geltung bringen können, wenn nur bescheidene finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Deshalb sollen im Parteienregister eingetragene Parteien, die in der Bundesversammlung in einer Fraktion organisiert sind, und mit ihnen die für die betreffenden Urnengänge verantwortlichen Initiativ- oder Referendumskomitees, kostenlose Sendezeiten für Werbespots in bestimmten Radio- und Fernsehprogrammen der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft sowie in den Programmen der Veranstalter mit Konzession und Gebührenanteil erhalten.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir lehnen den vorliegenden Entwurf des «Bundesgesetzes über die Mitwirkung der politischen Parteien an der Meinungs- und Willensbildung des Volkes» klar ab, sowohl aus allgemein-politischen wie konkreten, gegen die Änderungsvorschläge gerichteten Gründen.

Müssten wir den Ausdruck «Staatsfernsehen» umschreiben, könnte die vorgeschlagene Umsetzung der Parlamentarischen Initiative 03.346 Gross als Schulbeispiel zur Erklärung herangezogen werden. Selbstverständlich sind auch wir der Ansicht, dass die politischen Parteien

einen wichtigen und wesentlichen Beitrag zur Meinungs- und Willensbildung der Stimmenden (und Wählenden) in der Schweiz beitragen. Dies jedoch nicht als einziger, sondern als einer von verschiedenen, auch ausserparteilichen Informationsträgern für die Bevölkerung.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben economiesuisse vom 20. September 2007 mit Vernehmlassungsvorlage der SPK vom 27. August 2007

Papier AIHK:

Stellungnahme vom 17. Oktober 2007 an economiesuisse

3.15 Einheitliche Unternehmens-Identifikationsnummer

1. Worum geht es?

Am 4. Juli 2007 erhielt das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) vom Bundesrat den Auftrag, in Zusammenarbeit mit verschiedenen Departementen bis Ende 2007 ein Realisierungskonzept für eine einheitliche Unternehmens-Identifikationsnummer (UID) auf der Basis des Betriebs- und Unternehmensregisters (BUR) auszuarbeiten.

Das Ziel einer UID ist es, die Unternehmen in ihrem Verkehr mit anderen Unternehmen und der Verwaltung zu entlasten und gleichzeitig die entsprechenden, auch verwaltungsinternen Prozesse zu optimieren. In Zukunft soll es einem Unternehmen möglich sein, für sämtliche Behördenkontakte die UID als Identifikationsnummer zu benutzen. Dadurch wird der Umgang mit den vielen unterschiedlichen Identifikationsnummern welche heute in der öffentlichen Verwaltung existieren erheblich vereinfacht. Die UID soll eine eindeutige Identifizierung des Unternehmens erlauben und gleichzeitig, dort wo es gesetzlich erlaubt ist, einen geregelten Datenaustausch zwischen den verschiedenen administrativen Registern ermöglichen. Dadurch entfallen die Mehrfacherhebungen derselben Informationen durch verschiedene Verwaltungsstellen. Zudem ist die UID eine Grundvoraussetzung für die eGovernment-Bestrebungen des Bundes und der Kantone.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir unterstützen im Interesse der Aargauer Wirtschaft eine positive Reaktion bezüglich der Einführung einer einheitlichen UID von economiesuisse an die Verwaltung.

Es ist auch im Sinne der Aargauer Unternehmen, dass der Kontakt mit der Verwaltung und den Behörden administrativ reduziert wird. Die UID wäre ein wichtiger Schritt zur Nutzung von elektronischen Geschäftsprozessen mit der Verwaltung (E-Government) und zwischen Unternehmen (E-Business, E-Commerce).

Einige kritische Bemerkungen sind jedoch zu beachten. Aus Sicht der AIHK müssen die Sicherheit und der Schutz der Daten, Anwendungen, Systeme und Netzwerke gewährleistet und geregelt sein. Es muss verhindert werden, dass sowohl Unternehmen als auch verschiedene Ämter Zugriff auf Daten erhalten, auf die sie aus Datenschutzgründen keinen Zugriff haben dürfen. Wir unterstützen die Haltung, dass «Gläserne Unternehmen» nicht anzustreben sind. Hier muss der Bund realistische, praxistaugliche und der Sicherheit genügende Anforderungen schaffen.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben economiesuisse vom 17. Oktober 2007 mit Vernehmlassungsunterlagen des Bundesamts für Statistik vom 31. August 2007

Papiere AIHK:

Stellungnahme vom 16. November 2007 an economiesuisse

4 Beziehungen zur EU

Gute Beziehungen zu unserem wichtigsten Handelspartner sind für die aargauische Wirtschaft entscheidend. Erfreulicherweise haben sich die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU weitgehend problemlos entwickelt, auch wenn nach wie vor nicht alle Dossiers geklärt sind. Neben Steuer- sind auch Verkehrsfragen zu lösen.

Die Ausweitung der EU bringt Schweizer Unternehmen Zugang zu neuen Märkten sowie Vereinfachungen im Aussenhandel. Sie vergrössert auch das Rekrutierungsgebiet für gesuchte Fachkräfte. Mit dem Übergang zur vollen Personenfreizügigkeit für Arbeitnehmende aus 17 EU-Staaten am 1. Juni 2007 ist deren Anstellung administrativ wesentlich vereinfacht worden. Negative arbeitsmarktliche Auswirkungen haben sich bis jetzt keine gezeigt.

In naher Zukunft hat die Schweiz über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien sowie über die Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens zu beschliessen. Positive Entscheide sind für unsere Wirtschaft von höchster Bedeutung.

5 Aussenbeziehungen

5.1 Organisationen

Die AIHK pflegt im Rahmen ihrer politischen Arbeit gute Beziehungen mit Parlament, Regierung, Verwaltung, Parteien und Verbänden im Kanton Aargau. Bei regelmässigen Treffen werden die wirtschaftsrelevanten Themen mit den jeweiligen Entscheidungsträgern besprochen.

Mit aargau kmu (Aargauischer Gewerbeverband, AGV) besteht eine enge Koordination und Zusammenarbeit bei der Behandlung anstehender Geschäfte. Die Spitzen der beiden Verbände treffen sich zudem jährlich einmal zur Festlegung gemeinsamer Stossrichtungen.

Auf schweizerischer Ebene sind wir regelmässig in Kontakt mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft, denen wir als Mitglied angehören. Die AIHK ist durch Daniel Knecht im Vorstand von *economiesuisse* sowie durch Martin Schoop im Vorstand des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes (SAV) vertreten. Die Geschäftsleitung nimmt an den Geschäftsführerkonferenzen von *economiesuisse* und SAV sowie an den Sitzungen der Vereinigung der Schweizer Industrie- und Handelskammern (SIHK) teil. Ergänzend finden regelmässige Treffen mit Schwesterverbänden, insbesondere der Nordwestschweiz, statt.

Grenzüberschreitende Kontakte pflegt die Geschäftsstelle im Rahmen der UNION europäischer Industrie- und Handelskammern, in der Arbeitsgemeinschaft der Handelskammern (D, F, CH) am südlichen Oberrhein sowie mit der Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee.

5.2 Medien und Öffentlichkeit

Die Aargauer Medien haben im Berichtsjahr erfreulich oft und objektiv über Stellungnahmen, Aktivitäten und Veranstaltungen der AIHK berichtet (vgl. den Medienspiegel auf www.aihk.ch). Dafür danken wir allen Verantwortlichen. Um unsere Positionen bekannt zu machen, haben wir im Berichtsjahr 10 Medienmitteilungen herausgegeben. Diese können ebenfalls alle auf www.aihk.ch im Volltext eingesehen werden.

Besonders wichtig sind für uns die Berichte und Kommentare über die Wirtschaftsumfrage, die Generalversammlung sowie über unsere Parolen zu wirtschaftsrelevanten Abstimmungsvorlagen gewesen.

«made im aargau» ist am 12. Mai und am 13. Oktober 2007 erschienen. Es wird als Gemeinschaftsprojekt von Aargauer Zeitung, Zofinger Tagblatt und AIHK getragen. Die Wirtschaftsredaktion der AZ hat wiederum zwei attraktive Hefte gestaltet. Die Mitgliedunternehmen haben die Publikation mit ihren Inseraten ermöglicht. Die AIHK hat pro Ausgabe vier eigenständig gestaltete Seiten für die Behandlung selbst gewählter Themen zur Verfügung. Damit können wir unsere Botschaften einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.

6 Dienstleistungen

6.1 Veranstaltungen

Im Rahmen unseres Dienstleistungsangebotes haben wir folgende Kurse und Veranstaltungen zu günstigen Konditionen für unsere Mitgliedunternehmen durchgeführt:

- Einführungskurs Einzelarbeitsvertrag (2 Tage, 8 Teilnehmende)
- «together»: Kontaktanlass für aargauische Studierende und Unternehmen aus dem Aargau (1 Tag, 110 Studierende, 30 Vertreter von 11 Unternehmen)
- Forum für Personalfragen zum Thema «Case Management in der IV - Gemeinsam Erfolgreich» (1/2 Tag, 28 Teilnehmende)
- Seminare und Workshops zu Exportfragen (9 Anlässe, total 130 Teilnehmende)
- Seminar für Mitglieder von Angestelltenkommissionen (3 Tage, 15 Teilnehmende)
- Lehrmeisterkurse (10 Kurse an der Handelsschule KV Aarau, 2 an der Wirtschaftsschule KV Baden-Zürzach; je 4/5 Tage, rund 200 Teilnehmende)
- Seminare zum Thema «Mehrwertsteuer» (2 Anlässe, 127 Teilnehmende)
- Seminar «Debitorenmanagement» (61 Teilnehmende)

Wirtschaftswochen

Im Berichtsjahr haben leider nur zwei Wirtschaftswochen an den Kantonsschulen in Aarau (Alte Kanti) und Zofingen mit rund 45 Teilnehmenden stattgefunden. Die geplante Woche in Wohlen konnte wegen einer zu geringen Zahl von Anmeldungen nicht durchgeführt werden.

Wirtschaftsinformationen für Lehrkräfte und Seelsorger

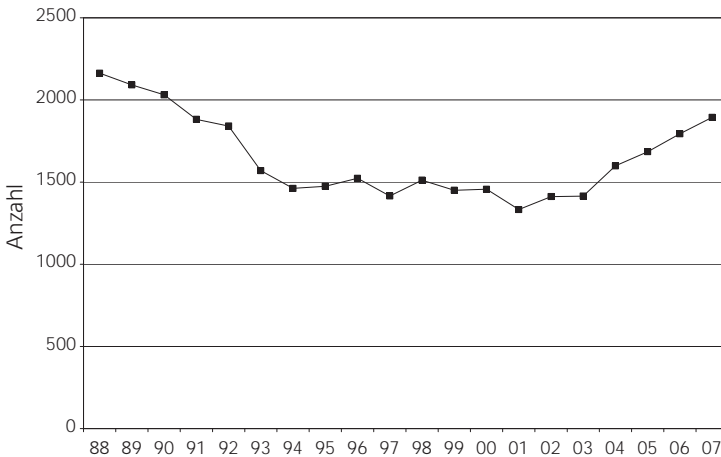
Im Rahmen des Arbeitskreises Schule-Beruf Aargau (asb) haben wir wiederum Kontakte zwischen Schule und Wirtschaft hergestellt und eine Veranstaltung über Rechte und Pflichten von Ausbildungsbetrieben und Berufslernenden organisiert.

Die ökumenische Kommission Kirche und Wirtschaft hat im Rahmen der «Cross-over-Veranstaltungen» den Besuch von Kirchenvertretern bei einer Bank organisiert. Am zweiten Spitzentreffen zwischen Kirchen und Wirtschaft nahmen die Präsiden der Landeskirchen und der Wirtschaftsverbände teil.

6.2 Export

Carnets A.T.A. - Reisedokumente für Waren

Im Jahr 2007 wurden 78,6 % der Carnets A.T.A. über das Internet beantragt, dies entspricht einer Steigerung der elektronisch beantragten Carnets A.T.A. von 3,6 % gegenüber dem Vorjahr. Total wurden 1 894 Carnets A.T.A. (Vorjahr 1 794) ausgestellt, dies sind 5,6 % mehr als im Vorjahr.

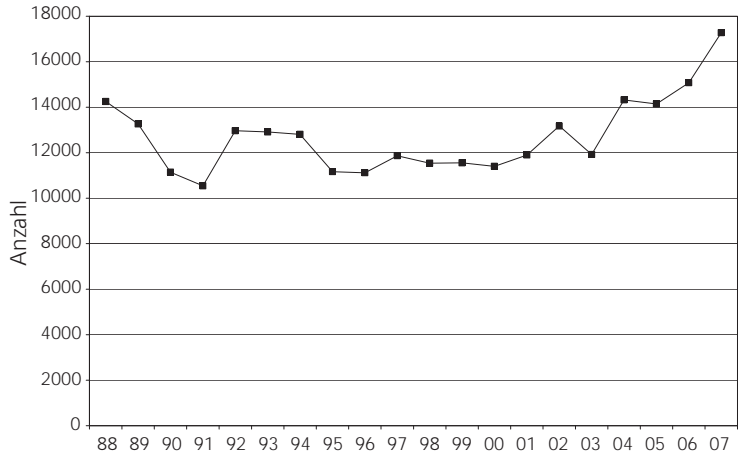


Ursprungszeugnisse

Die Anzahl Ursprungszeugnisse ist auf 17 271 (Vorjahr 15 078) gestiegen, dies ist eine Steigerung von 14,5 %.

Die Möglichkeit, das Ursprungszeugnis bzw. Beglaubigungsgesuch direkt auf unserer Website www.aihk.ch/export/ursprungsbeglaubigung auszufüllen, wird von den Antragstellern immer mehr genutzt.

Neu eingeführt wurde im Jahr 2007 «e-origin», welches Unternehmen mit einem grossen und regelmässigen Bedarf an Ursprungszeugnissen, die Möglichkeit bietet, Ursprungszeugnisse elektronisch abzuwickeln. Hierbei werden die Daten vom Unternehmen elektronisch an uns gesendet, von unserer Seite geprüft, gestempelt und elektronisch an das entsprechende Unternehmen retourniert.



Exportkurse

2007 wurden verschiedene praxisbezogene Seminare und Veranstaltungen zu nachstehenden Themen durchgeführt:

- Ursprungszeugnisse bzw. Beglaubigungen
- Carnets A.T.A.
- Transportversicherung und Incoterms 2000
- Freihandelsabkommen
- kundenspezifische Seminare direkt bei einzelnen Unternehmen

Die Seminare und Veranstaltungen wurden von unseren Mitgliedern und Kunden sehr zahlreich besucht. Sie bieten einen interessanten Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch.

Informationen zum Aussenhandel

Monatlich und auch direkt auf unserer Webseite – www.aihk.ch/export – informieren wir über:

- neue Bestimmungen und Änderungen im Ursprungs- und Zollbereich

- neue Vertragsländer und Spezialfälle im Carnets-A.T.A.-Verfahren
- neue Freihandelsabkommen
- Veränderungen und Entwicklungen im Export

Exportberatung

Wir beraten unsere Mitglieder umfassend:

- bei der Abwicklung von Exportgeschäften
- über Ländervorschriften
- über die Handhabung von Freihandelsabkommen
- über das korrekte Ausfüllen von Exportdokumenten, notwendigen Zertifikaten und Zollformalitäten

6.3 FITT Forschung Innovation Technologietransfer

«Das Jahr 2007 war geplant als Jahr der Konsolidierung. Trotzdem haben sich im Verlauf des Jahres einige Veränderungen ergeben.» So beginnt Direktor Jürg Christener seinen Dank an die Mitarbeitenden der Hochschule für Technik der FHNW. Er erwähnt: neue Masterstudiengänge anstelle der Nachdiplomstudien, Optometrie als neuer Studiengang in Olten, Sanierung der Laborgebäude, eingeengte Raumverhältnisse in Windisch und insgesamt 28 unterschiedliche aber immer parallel geführte Studiengänge im selben Jahr! Trotz dieser schwierigen Randbedingungen wurden herausragende Leistungen im Bereich der F&E-Projekte erzielt, was auf die sehr gute Konjunktur, aber auch auf die Kompetenz der Institute zurückgeführt werden kann.

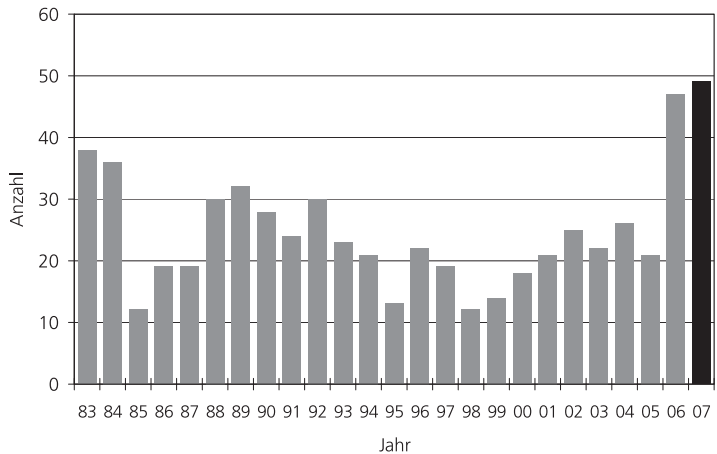
Nicht nur die Hochschule für Technik, sondern auch FITT hat sich im 25. Jahr seines Bestehens stark verändert. Der bisherige Leiter Prof. Daniel Thommen wurde zum Studiengangleiter Maschinenbau berufen, er verliess deshalb das FITT Mitte des Berichtsjahres. Durch die Neustrukturierungen an der Fachhochschule und ihrer Studiengänge fallen bei FITT zusätzliche Aufgaben an. Insbesondere ist eine gegenüber früher viel grössere Zahl von Studierendenprojekten zu finden und zu betreuen. Nach intensiven Diskussionen im Rahmen einer Arbeitsgruppe des Vorstandes und zusammen mit der Hochschule für Technik konnte FITT auf eine neue Basis gestellt werden. In einer Vereinbarung und einer Stellenbeschreibung werden die Aufgaben der Kontaktstelle FITT umschrieben. Für die AIHK ist besonders wichtig, dass damit weiterhin eine Stelle besteht, welche den Unternehmen den Zugang zum Wissen der Fachhochschule erleichtert und so den

Technologietransfer fördert. Seit dem 1. Juli 2007 ist Prof. Peter Muhmenthaler FITT-Ansprechpartner; er hat die Einarbeitung in das neue Tätigkeitsfeld erfolgreich gemeistert.

25 Jahre FITT

FITT entstand 1982 auf Initiative von Prof. Walter Guttropf an der damaligen HTL Brugg-Windisch als eine der ersten Technologietransferstellen in der Schweiz. Die AIHK leistete «Geburtshilfe» und investierte im Laufe der Jahre erhebliche Mittel in FITT. Viele Unternehmen konnten davon im Rahmen von Projekten, Studierendenarbeiten, Beratungen, durch die Erteilung von Auskünften und die Vermittlung von Kontakten profitieren. Das FITT-Modell diente vielerorts als Vorbild für den Aufbau ähnlicher Strukturen.

FITT 2007
Anzahl Projekte seit 1983



Im Rahmen der Diplomausstellung konnten Studierende und Besucher eine spezielle Ausstellung im Lichthof des Hauptgebäudes zum FITT-Jubiläum besuchen. Neben einem «Rückblick auf 1982» wurde ein «Ausblick auf 2032» präsentiert. 1982 ist deshalb besonders pikant, weil die Diplomarbeiten damals noch mit Schreibmaschine und in Handarbeit erstellt wurden. Denn die soeben erschienenen Computer waren für Studierende nicht erschwinglich. Die erste Informatikklassse startete ebenfalls 1982 an der HTL Brugg-Windisch.

Aktivitäten

Seit 2006 existiert ein Wissens- und Technologietransfer-Konsortium Nordwestschweiz (WKNW), welches unter anderem die Zusammenarbeit zwischen der Universität Basel, der Fachhochschule Nordwestschweiz und der Wirtschaft verbessern soll. Die Wirkung von WKNW vermochte aus FITT-Sicht nicht zu befriedigen, die ganze Organisation ist zu stark auf die Universität Basel ausgerichtet. Per 2007 konnten keine Projekte für die Hochschule für Technik über diesen Weg akquiriert werden. Eine weitere Zusammenarbeit ist damit aus FITT-Sicht fraglich.

Hingegen konnte im Herbst direkt mit den Wirtschaftsverbänden (AG, BS, BL, SO) zusammen ein «Marktplatz der Institute» in Windisch lanciert werden. Leider zeigten von ca. 7 500 angeschriebenen Personen nur 13 aus den verschiedensten Branchen daran Interesse. Man diskutiert offenbar nur über bessere Prozesse oder bessere Produkte, wenn man sich in den eigenen vier Wänden befindet. Dies soll die Vorgabe für 2008 sein: die potenziellen Auftraggeber bezüglich Projekte an ihrem eigenen Domizil anzusprechen. Immerhin sind aus diesem Anlass 10 konkrete Projekte (Forschung, Dienstleistung, Studentenarbeiten) formuliert worden, so dass die Ausbeute doch befriedigend war.

Mit den aargauischen Ämtern (AWA, Aargau Services) und den heimischen Medien konnte der Kontakt intensiviert werden. Beinahe monatlich wurde in mehreren Publikationen bzw. Sendungen über den Technologietransfer bzw. FITT berichtet.

Vom 19. bis 28. Februar 2007 fand an vier Abenden der Kurs «IT@home&office» in Windisch mit 12 Teilnehmenden statt.

Am 26. März 2007 konnte FITT sich den über 400 Teilnehmenden am swiss-KMU-Forum in der Trafohalle in Baden präsentieren.

Am 30. Mai 2007 durfte Prof. Rainer Schnaidt als Leiter des Bereichs Transfer ca. 30 Interessenten zur Information über das 7. EU-Forschungsprogramm in Windisch begrüßen. Verschiedene Referenten, auch aus den offiziellen Euresearch Centern Bern und Zürich, sowie von Teilnehmenden, z.B. Glockengiesserei Aarau, informierten die Besucher.

Der neue FITT-Leiter hatte im zweiten Halbjahr 2007 Kontakt zu 93 Personen von 82 verschiedenen Firmen. Der Hauptteil der Firmen stammt aus dem Kanton Aargau (37 Firmen), 17 kamen aus den Kantonen Basel-Stadt und Baselland, 9 aus Solothurn und 19 Firmen aus anderen Kantonen. Daraus resultierten 20 Studien-, 2 Forschungspro-

jekte, 22 Dienstleistungsaufträge und 49 Themen sind noch pendent oder wurden storniert. Die Themen stammen aus folgenden Fachgebieten:

- 42 Optimierung von Prozessen, Abläufen, Logistik, QS, Controlling
- 16 Produkt-/Produktions-Engineering
- 14 Automation
- 11 Kunststoffe
- 10 Informatik

Aktuell sind pro Jahr 300 bis 400 Projekte für Semester- und Diplomarbeiten zu finden und zu formulieren. Den grössten Anteil beanspruchen die Studiengänge Wirtschaftsingenieur, Informatik und Systemtechnik. Die Akquisition gestaltet sich auf Grund der «Konkurrenzsituation» zwischen den verschiedenen Hochschulen der FHNW manchmal schwierig, weil vielfach dieselben Unternehmen angefragt werden. Eine Koordination ist bedingt durch unterschiedliche Semester- und Projekt-Strukturen leider kaum möglich.

6.4 AHV-Ausgleichskasse, Familienausgleichskasse und Arbeitslosenkasse

Das Berichtsjahr war einmal mehr gekennzeichnet von Einführungen neuer gesetzlicher Vorhaben. Diese sind generell schwieriger geworden, da auf die Durchführbarkeit relativ selten Rücksicht genommen wird. Es gilt dann jeweils in einem knappen Zeitfenster die Umsetzung durchzuführen, das bedeutet Programmierung, Ausbildung, Unterlagen bereitstellen und informieren.

Dies betrifft insbesondere die Einführung der 5. IV-Revision per 1. Januar 2008. Davon sind die Ausgleichskassen ebenso betroffen wie die IV-Stellen. Im Wesentlichen fallen die Zusatzrenten an die Ehepartner weg und die IV-Taggelder werden auf eine neue Basis gestellt.

Das Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit hat auch uns beschäftigt. Ab 1. Januar 2008 können mit einem so genannten vereinfachten Verfahren Kleinarbeitgebende, wie auch Arbeitgebende für privates Reinigungspersonal, die AHV und die Quellensteuern gemeinsam einmal pro Jahr bei einer AHV-Ausgleichskasse abrechnen. Dieses Verfahren ist aus Durchführungsicht sehr aufwendig.

Die Einführung des Bundesgesetzes betreffend Familienzulagen per 1. Januar 2009 wirft ebenfalls seine Schatten weit voraus. Die Umsetzung steht für unsere Ausgleichskasse im Zusammenhang mit der schwierigen aber doch erfolgreichen Einführung der Abrechnungs-

stelle der Kantonalen Familienausgleichskasse Aargau (FAK) auf 1. Januar 2007. Da die Befreiungen vom Anschluss an eine Familienausgleichskasse per 1. Januar 2009 wegfallen werden, bereiten wir uns darauf vor, die Abrechnung der Familienzulagen nicht nur für den Kanton Aargau, sondern auch für jene Kantone anzubieten, in welchen unsere Mitgliedfirmen (Tochtergesellschaften, Niederlassungen usw.) tätig sind.

Die Umsetzung der eidgenössischen Familienzulagenordnung auf kantonalen Ebene erfordert zusätzliche Aufmerksamkeit. Die AIHK ist in dieser Sicht sehr aktiv und vertritt die Interessen aller Mitgliedfirmen.

Nicht vergessen dürfen wir die Vorbereitungen zur Einführung der neuen AHV-Nummer per 1. Juli 2008. Diese Arbeiten beschäftigen uns schon seit zwei Jahren. Ein neuer AHV-Ausweis ist ebenfalls in Vorbereitung. Die Mitgliedfirmen wurden verschiedentlich auf diese Sache aufmerksam gemacht.

Einige Kennzahlen 2007: ca. 1 300 beitragspflichtige Firmen haben mit einer Lohnsumme von 3,3 Mrd. Franken für über 66 000 Versicherte Beiträge von fast 400 Mio. Franken entrichtet. An Leistungen haben wir fast 340 Mio. Franken ausgerichtet. Kinderzulagen vergüten wir für rund 8 500 Kinder.

Bei unserer Arbeitslosenkasse können Arbeitslose bzw. Firmen für Kurzarbeitsentschädigungen und Schlechtwetterentschädigung abrechnen, auch wenn sie nicht AIHK-Mitglieder sind. Diese Geschäfte gehen erfreulicherweise stark zurück. So hatte unsere Kasse innert drei Jahren ca. 60 % weniger Umsatz zu verzeichnen.

6.5 Weitere Dienstleistungen

Mit 83 «Blauen Briefen» sowie 30 Zirkularen hat die Geschäftsstelle die Mitgliedunternehmen über wirtschaftsrelevante Entwicklungen informiert und zu Veranstaltungen eingeladen.

Die Website www.aihk.ch ist nach der Überarbeitung 2006 in den Grundzügen unverändert geblieben. Mit regelmässigen Aktualisierungen und neuen Gestaltungselementen wird sie noch benutzerfreundlicher. Neben den öffentlich zugänglichen Inhalten besteht ein für AIHK-Mitglieder reservierter Teil (AIHKnet) mit vielen nützlichen Informationen, unter anderem einem Archiv unserer Publikationen. Ende 2007 verfügten 458 Mitgliedfirmen (Vorjahr 410) über ein Passwort für das AIHKnet, 442 Empfänger (Vorjahr 376) hatten unseren Newsletter (AIHKnews) abonniert.

Unser Rechtsdienst hat verschiedene Personalreglemente, Arbeits- und andere Verträge auf Rechtmässigkeit und Praktikabilität überprüft, Musterdokumente abgegeben und eine grosse Zahl von Rechtsfragen, insbesondere aus dem Arbeitsrecht, beantwortet. Daneben haben die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle Firmenanfragen aus allen Tätigkeitsgebieten direkt beantwortet oder den Kontakt zur dafür zuständigen Stelle vermittelt.

Über die durchgeführten Kurse und Veranstaltungen gibt Ziff. 6.1 unseres Jahresberichtes Aufschluss.

7 Vereinsangelegenheiten

7.1 Mitgliederbestand

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) zählte Ende 2007 1 370 Mitglieder. 63 Zugänge (Vorjahr 53) standen 37 Abgängen (32) gegenüber. Der Grossteil der Abgänge entstand durch Geschäftsaufgaben und Firmenzusammenschlüsse.

7.2 Generalversammlung

Die 32. ordentliche Generalversammlung der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) fand am 24. Mai 2007 im Sport- und Erholungszentrum Tägerhard in Wettingen statt.

Dr. Hans-Peter Zehnder setzte sich in seiner in Versform verfassten Präsidentialansprache schwergewichtig mit Themen aus der kantonalen Politik auseinander und blickte auf seine zwölfjährige Präsidentialzeit zurück.

Prof. Dr. Hans A. Wüthrich, Inhaber des Lehrstuhls für Internationales Management an der Universität der Bundeswehr München, sprach im Anschluss an die statutarischen Geschäfte zum Thema «Exzellenz durch Musterbruch – Plädoyer für mehr Management-Experimente».

Dr. Hans-Peter Zehnder wurde als Präsident der AIHK verabschiedet und in Anerkennung seiner grossen Verdienste zum Ehrenmitglied der AIHK ernannt. Dr. Hans-Peter Zehnder gehörte dem Vorstand seit 1988 an, 1992 wurde er zum Vizepräsidenten und am 1. Juni 1995 zum Präsidenten gewählt.

Daniel Knecht wurde als Nachfolger von Dr. Hans-Peter Zehnder einstimmig zum neuen Präsidenten der AIHK gewählt.

In den AIHK-Mitteilungen Nr. 6/Juni 2007 wurden die vollständige Präsidentialansprache, eine Zusammenfassung des Gastreferats und eine Würdigung von Dr. Hans-Peter Zehnder veröffentlicht sowie Daniel Knecht vorgestellt.

Der «Schweizer Arbeitgeber» (Nr. 13 vom 28. Juni 2007, S. 21 ff.) berichtete ausführlich über den Anlass.

7.3 Vorstand

Der Vorstand tagte im Berichtsjahr insgesamt vier Mal: am 25. Januar, am 29. März, am 16. August und am 22. November 2007.

1. Sitzung vom 25. Januar 2007

In der ersten Sitzung des Jahres befasste sich der Vorstand mit der Teilrevision des Baugesetzes und verabschiedete hierzu eine Stellungnahme. Weiter behandelte der Vorstand den Planungsbericht zum Bildungskleeblatt. Die Parolenfassung für die eidgenössische Abstimmung vom 11. März 2007 über die Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskasse» ergab eine Nein-Parole. Die Ja-Parole wurde für die kantonale Abstimmung vom 11. März 2007 über die Verfassungsänderung vom 24. Oktober 2006 (IDAG) gefasst.

Sodann bezog der Vorstand Position bezüglich der Ständeratswahlen 2007. Eine erste Beratung fand auch bezüglich der Nationalratswahlen 2007 statt.

2. Sitzung vom 29. März 2007

Die März-Sitzung stand im Zeichen der Vorbereitung der Generalversammlung vom 24. Mai 2007. Der Vorstand informierte sich über den Jahresbericht 2006 und die Jahresrechnung 2006. Er genehmigte die Jahresrechnung 2006. Weiter stimmte er dem Voranschlag 2008 zu und befand über die Höhe der Mitgliederbeiträge 2008.

Für die Nachfolge des zurücktretenden Präsidenten Dr. Hans-Peter Zehnder wurde Daniel Knecht, 2. Vizepräsident, nominiert. Um die grossen Verdienste des scheidenden Präsidenten Dr. Hans-Peter Zehnder zu würdigen, beschloss der Vorstand Dr. Hans-Peter Zehnder die Ehrenmitgliedschaft zu verleihen.

Beim Traktandum Vereinsangelegenheiten erteilte der Vorstand dem Präsidenten die Kompetenz, die Neuausrichtung des FITT an die Hand zu nehmen.

Im Weiteren wurden folgende Parolen für die Abstimmung vom 17. Juni 2007 gefasst: Ja-Parole für die Änderung vom 6. Oktober 2006 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung; Ja-Parole für die Änderung vom 12. Dezember 2006 des kantonalen Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht. Zudem wurde die Stellungnahme der Kammer zum Planungsbericht «Bildungskleeblatt», Vernehmlassung vom Dezember 2006 verabschiedet.

3. Sitzung vom 16. August 2007

Der Kammervorstand verabschiedete in seiner August-Sitzung, welche jeweils vor der traditionellen Hallwilersee-Rundfahrt stattfindet, die Wahlempfehlung für die Nationalratswahlen vom 21. Oktober 2007.

Bei den kammerinternen Geschäften standen Vorstands-Ersatzwahlen für den Rest der Amtsperiode 2004 – 2008 an. Für die per Generalversammlung vom 24. Mai 2007 zurückgetretenen Andreas Buri, Hans Moor, Richard Wachter und Dr. Hans-Peter Zehnder wurden Robert Aeschbach, Hans-Mathias Käppeli, Josef Nietlispach und Rudolf Vogt einstimmig gewählt. Als 2. Vizepräsident wurde Veith Lehner ebenfalls einstimmig gewählt. Als neuer Präsident des Stiftungsrates Personalvorsorgestiftung der AIHK wurde für den Rest der Amtsperiode 2004 – 2008 Daniel Knecht gewählt.

Als letztes kammerinternes Geschäft wurde die Empfehlung der Kammer für die Entschädigung von Lernenden ab Sommer 2008 verabschiedet.

Ebenfalls in dieser Sitzung liess sich der Vorstand von der Geschäftsleitung über den aktuellen Stand des Planungsberichts «Wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik» informieren und verabschiedete die Position der Kammer zu diesem Geschäft. Informiert wurde von Seiten der Geschäftsleitung im Weiteren über die Vernehmlassung «Bildungsraum Nordwestschweiz» und über die Botschaft zum «Bildungskleeblatt».

4. Sitzung vom 22. November 2007

In der letzten Sitzung des Jahres 2007 wurden die Abstimmungsparolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 24. Februar 2008 gefasst: für die Volksinitiative vom 3. November 2005 «Gegen Kampflärm in Tourismusgebieten» die Nein-Parole; die Ja-Parole für das Unternehmenssteuerreformgesetz II.

Die Festlegung der Schwerpunkte der Kammertätigkeit 2008 war der Hauptteil der Sitzung. Der Vorstand machte in diesem Zusammenhang einen Ausblick auf anstehende wirtschaftspolitische Weichenstellungen. Hiernach erfolgte die Berichterstattung der Regionalgruppenpräsidenten über die Aktivitäten 2007.

Die Wahl des neuen Vorstandsmitgliedes Peter A. Gehler für den Rest der Amtsperiode 2004 – 2008 stand im Rahmen der kammerinternen Geschäfte auf der Traktandenliste. Peter A. Gehler wurde einstimmig

gewählt. Weiter wurde der Vorstand von der Geschäftsleitung über das weitere Vorgehen bezüglich der Liegenschaft an der Entfelderstrasse 15 informiert. Darüber hinaus erteilte der Vorstand dem Präsidenten die Kompetenz, die Saläre der Mitarbeitenden der Kammer für 2008 festzulegen. Abschliessend erfolgte die Berichterstattung über das FITT durch den neuen Leiter FITT Prof. Peter Muhmenthaler.

Im Rahmen dieser Jahresschluss-Sitzung wurden die zurückgetretenen Vorstandsmitglieder verabschiedet und ihre Arbeit wurde verdankt. Es waren dies die langjährigen Mitglieder Andreas Buri, Richard Wachter, Daniel A. Gautschi, Hans Moor und Dr. Hans-Peter Zehnder.

7.4 Revisionsstelle

Als Revisionsstelle unserer Organisation prüften die Herren Roland Pfister (AKB), Rudolf Hunziker und Erich Baumgartner (NAB) die auf den 31. Dezember 2006 abgeschlossene Jahresrechnung im Sinne der gesetzlichen Vorschriften. In ihrem Bericht beantragten sie der Generalversammlung die Genehmigung der Jahresrechnung und der Bilanz 2006 und Décharge-Erteilung.

7.5 Regionalgruppen / Personalchefkonferenzen

Die Geschäftsstelle hat die Beziehungen mit den Präsidenten der neun Regionalgruppen im Rahmen der Vorstandssitzungen sowie durch die Teilnahme an ihren Veranstaltungen gepflegt.

Die jährliche Besprechung mit den vier Präsidenten der Personalchefkonferenzen hat sich neben dem Gedankenaustausch mit der Lehrstellensituation beschäftigt. Wenn immer möglich, nimmt jeweils eine Vertretung der Geschäftsstelle an den Anlässen der verschiedenen Personalchefkonferenzen teil.

Mitarbeitende der Geschäftsstelle haben an verschiedenen Anlässen von Regionalgruppen und Personalchefkonferenzen referiert.

Kontaktpersonen und Hinweise auf die Aktivitäten von Regionalgruppen und Personalchefkonferenzen finden sich auch auf www.aihk.ch.

7.6 Geschäftsstelle

Die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle erbringen Dienstleistungen und organisieren Netzwerkanlässe für Mitgliedunternehmen, nehmen die Interessen der Unternehmen im politischen Prozess wahr und vertreten sie in einer Vielzahl von Arbeitsgruppen, Kommissionen und Organisationen. Der vorliegende Jahresbericht gibt einen groben Überblick über das breite Tätigkeitsgebiet.

Ausgewählte Stellungnahmen zu politischen Fragen sind in den Kapiteln 2 und 3 zu finden. Insgesamt sind innerhalb des Berichtsjahres 66 (Vorjahr 64) Geschäfte zur Vernehmlassung eingegangen. Zusätzlich sind von Kommissionen sowie Arbeitsgruppen der Spitzenverbände verschiedene inoffizielle «Vernehmlassungsverfahren» durchgeführt worden. Aus Kapazitätsgründen werden ausschliesslich Vorlagen mit grundsätzlicher (staatspolitischer) Bedeutung, Bezug zum Kanton Aargau oder besonderen Auswirkungen für Betriebe aller Branchen, insbesondere KMU, behandelt.

Die personelle Besetzung der Geschäftsstelle ist aus Ziff. 8.4 unseres Jahresberichtes ersichtlich.

7.7 Stiftungen Technik und Wirtschaft

Stiftung Technik

Der Stiftungsrat der Stiftung Technik traf sich am 14. Juni 2007 zu seiner jährlichen ordentlichen Sitzung in Windisch. Mit dem besten Dank für seine geleistete Arbeit nahm der Rat Kenntnis vom Austritt von Dr. Engelbert Schmiedl, langjähriger Stiftungsrat und Vizepräsident. Als neuer Vizepräsident wurde Heinz W. Gyger gewählt. Der Stiftungsrat hat insgesamt 126 000 Franken an Beiträgen für drei Projekte ausgeschüttet. Diese Unterstützungsbeiträge werden jeweils in den Fachbereichen Maschinenbau und Wirtschaftsingenieurwesen, Kunst und Bauprozessmanagement sowie Elektrotechnik und Informatik, nach eingehender Antragsprüfung durch die stiftungsinternen Fachkommissionen, gesprochen. Im Weiteren orientierte Prof. Jürg Christener, Direktor der Hochschule für Technik, über den aktuellen Stand der Entwicklungen an und in der Schule, insbesondere über die Vereinheitlichung der Bachelor- und Masterstudiengänge an den sieben technischen Fachhochschulen der Schweiz.

Am 21. September 2007 trafen sich die Vertreterinnen und Vertreter der Stiftungsmitglieder zu ihrer Versammlung, ebenfalls in Windisch.

Der Präsident der Stiftung, Dr. Werner Berner, informierte die Stifterversammlung über die Aktivitäten der Stiftung sowie über die Mutationen im Stiftungsrat. Prof. Jürg Christener informierte die Anwesenden über den aktuellen Stand der Entwicklungen an der Fachhochschule Nordwestschweiz. Schliesslich konnten die Stiftungsmitglieder die von der Stiftung geförderte Dampfturbine im Kleinkraftwerk Königsfelden im laufenden Betrieb besichtigen.

Stiftung Wirtschaft

Das erste Treffen des Stiftungsrates der Stiftung Wirtschaft fand am 28. März 2007 statt. Neben der Genehmigung der Jahresrechnung 2006, informierte der Präsident über das Aargauer Wirtschaftssymposium, welches von der Stiftung mitgetragen wird. Im Weiteren orientierte der Präsident über den Verlauf der Gespräche zur Zukunft der Stiftung.

Am 7. November 2007 fand die zweite Sitzung des Stiftungsrates statt. Getagt wurde an der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) in Windisch. Der Stiftungsrat wurde von Prof. Dr. Rolf Schaeren, Mitglied des Stiftungsrates, über den Stand der Umsetzung der Bologna-Reform an der FHNW informiert. Der Preis «Student of the Year», welcher mit 1500 Franken dotiert ist, verlieh die Stiftung auch dieses Jahr anlässlich der Diplomfeier des Fachbereichs Wirtschaft der FHNW an den Studenten, der neben Sach- und Sozialkompetenz auch die Bereitschaft hat, Verantwortung zu tragen. Den Preis konnte in diesem Jahr Ueli Lanz aus den Händen von Stiftungsratspräsident Ernst Käser in Empfang nehmen.

7.8 Paritätische Kommission für Angestelltenfragen

Die Paritätische Kommission hat ihre Jahressitzung am 25. Oktober 2007 bei der AIHK in Aarau abgehalten. Im Zentrum der Diskussion stand die Frage einer Überarbeitung des bestehenden Gesamtarbeitsvertrags. Daneben hat sich die Kommission mit dem Seminar für Mitglieder von Angestelltenkommissionen sowie den Lehrmeisterkursen für Büro- und Verkaufsberufe befasst. Beide Kursangebote haben im Berichtsjahr einen guten Zuspruch gefunden (vgl. Ziff. 6.1). Als Folge der neuen Berufsbildungsgesetzgebung ist die Kommission ab 2008 bei den Lehrmeisterkursen nicht mehr involviert. Diese werden aber weiterhin von kaufmännischen Berufsfachschulen angeboten.

8 Organe der Aargauischen Industrie- und Handelskammer

(Stand: 1. Januar 2008)

8.1 Ehrenmitglieder

Dr. Ernst Fahrländer, Rothrist, Ernennung: 1985

Hans Erich Roth, Lenzburg, Ernennung: 1995

Kaspar Villiger, Muri b. Bern, Ernennung: 2004

Dr. Hans-Peter Zehnder, Meisterschwanden, Ernennung: 2007

8.2 Vorstand

(Amtsperiode 2004 – 2008)

1. Daniel Knecht, Geschäftsführer der Knecht-Bau AG, Brugg, *Präsident*
2. Otto H. Suhner, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Suhner Holding AG, Brugg, *Vizepräsident*
3. Veith Lehner, Mitglied der Geschäftsleitung der Max Lehner & Co. AG, Gränichen, *2. Vizepräsident*
4. Robert Aeschbach, Geschäftsführer der Müller Martini Druckverarbeitungs-Systeme AG, Zofingen
5. Dr. Hans-Jörg Bertschi, Präsident des Verwaltungsrates der Bert-schi AG, Dürrenäsch
6. Rolf Borer, Geschäftsführer der Franke Küchentechnik AG, Aarburg
7. Markus Brandenberger, CFO der ALSTOM (Schweiz) AG, Baden
8. Hans Bürge, Geschäftsleiter der büрге-fischer ag, Safenwil
9. Dr. Bruno Covelli, Geschäftsleiter und Delegierter des Verwaltungsrates der Tecova AG, Wohlen
10. Erich Erne, Präsident des Verwaltungsrates der ERNE Holding AG, Laufenburg
11. André Furter, Präsident des Verwaltungsrates der Amedis-UE AG, Unterentfelden
12. Peter A. Gehler, Mitglied der Geschäftsleitung der Siegfried Holding AG, Zofingen
13. Willi Glaeser, Präsident des Verwaltungsrates der Wogg AG, Baden
14. Dr. Udo Haas, Leiter Abt. Improve Manufacturing and Technology der DNP Nutritional Products AG, Basel
15. Silvia Huber, Geschäftsführerin der Vivosan AG, Lengnau
16. Thomas Huber, Präsident des Verwaltungsrates und Geschäftsführer der Huber & Co. AG, Oberkulm
17. Hans-Mathias Käppeli, Beinwil (Freiamt)
18. Christian Kuoni, Delegierter des Verwaltungsrates und CEO der Jakob Müller Holding AG, Frick
19. Jörg Leimgruber, Präsident des Verwaltungsrates der ALESA AG, Seengen

20. Renato Merz, Leiter Personal und Consulting Schweiz der ABB Schweiz AG, Baden
21. Stéphane Meyer, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Lagerhäuser Aarau, Aarau
22. Josef Nietlisbach, Präsident des Verwaltungsrates und Unternehmensleiter der Profilpress AG, Muri
23. Rolf G. Schmid, CEO der MAMMUT SPORTS GROUP AG, Seon
24. Martin Schoop, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Schoop + Co. AG, Baden-Dättwil
25. Martin Steiger, Geschäftsleiter der Energiedienst Holding AG, Laufenburg
26. Ernst Utiger, Präsident des Verwaltungsrates der ORGANISATIONS UND TREUHAND AG, Klingnau
27. Rudolf Vogt, Partner und Mitglied der Geschäftsleitung der BDO Visura, Aarau
28. Peter Wanner, Verleger der Aargauer Zeitung AG, Baden
29. Hans Rudolf Wyss, Präsident des Verwaltungsrates der Jäggi AG, Brugg
30. Dr. Armin Zimmermann, Mitglied der Geschäftsleitung der ELRO-WERKE AG, Bremgarten

8.3 Revisionsstelle

(Amtsperiode 2004 – 2008)

Erich Baumgartner (Neue Aargauer Bank, Aarau)

Rudolf Hunziker (Küttigen)

Roland Pfister (Roland Pfister Revision und Consulting, Riniken)

8.4 Geschäftsstelle

Peter Lüscher, lic. iur., Vorsitzender der Geschäftsleitung

Ursula M. Cavadini, Buchhalterin mit eidg. Fachausweis, Mitglied der Geschäftsleitung, Mitgliedfirmen und Organisation

Reto Barbarits, lic. iur., juristischer Mitarbeiter

Doris Wobmann, lic. iur., Rechtsanwältin, juristische Mitarbeiterin

Axel Reichlmeier, lic. rer. pol., wirtschaftswissenschaftlicher Mitarbeiter

Ruth Bader, Exportfachfrau mit eidg. Fachausweis

Heinz Senn, Exportfachmann

Astrid Erismann, kaufmännische Mitarbeiterin

Marlies Hämmerli, kaufmännische Mitarbeiterin

Monika Hunziker, kaufmännische Mitarbeiterin

Prof. Peter Muhmenthaler, Leiter FITT Forschung Innovation Technologietransfer an der FHNW

8.5 Regionalgruppen

8.5.1 Präsidenten der Regionalgruppen

Aarau (Handels- und Industrieverein Region Aarau)
Rudolf Vogt (BDO Visura, Aarau)

Baden
Markus Brandenberger (ALSTOM [Schweiz] AG, Baden)

Brugg (AIHK Region Brugg)
Hans Rudolf Wyss (Jäggi AG Brugg, Brugg)

Freiamt
Dr. Armin Zimmermann (ELRO-WERKE AG, Bremgarten)

Fricktal
Martin Steiger (Energiedienst Holding AG, Laufenburg)

Lenzburg
Jörg Leimgruber (ALESA AG, Seengen)

Wynental
Thomas Huber (Huber & Co. AG, Oberkulm)

Zofingen (Handels- und Industrieverein des Bezirks Zofingen)
Peter A. Gehler (Siegfried Holding AG, Zofingen)

Zurzach (Regionalgruppe Zurzibiet AIHK)
Ernst Utiger (ORGANISATIONS UND TREUHAND AG, Klingnau)

8.5.2 Präsidenten der Personalchefkonferenzen

Aarau
Thomas Jost (Schenker Storen AG, Schönenwerd)

Fricktal
Hans Müller (JOSEF MEYER Transport Technology AG, Rheinfelden)

Lenzburg
Jörg Leimgruber (ALESA AG, Seengen)

Zofingen
Markus Suter (Müller Martini Druckverarbeitungs-Systeme AG, Zofingen)

8.6 Organe der Ausgleichskasse der Aargauischen Industrie- und Handelskammer

8.6.1 Vorstand

(Amtsperiode 2006 – 2010)

a) Arbeitgebervertreter

Peter Lüscher, Vorsitzender der Geschäftsleitung AIHK, *Präsident*
Urs Forster, Mitglied des Verwaltungsrates der Stoll Giroflex AG,
Koblentz

Hanspeter Koch, Geschäftsführender Partner der perinnova GmbH,
Aarau

Markus Suter, Leiter Personalwesen der Müller Martini Druckver-
arbeitungs-Systeme AG, Zofingen

b) Arbeitnehmervertreter

Thaddé Imbach, Sins (INEOS Compounds Switzerland AG)
1 Sitz vakant

8.6.2 Kontrollstellen

Siegenthaler Revision AG, Köniz (Kassenrevision)

Revisionen bei den Firmen:

- Suva Schweizerische Unfallversicherungsanstalt, Aarau
- Revisionsstelle der Ausgleichskassen, Zürich

8.6.3 Geschäftsstelle, Entfelderstrasse 11, 5001 Aarau

Peter Breidenbach, *Kassenleiter*

8.7 Organe der Aargauischen Arbeitslosenkasse Industrie Handel Gewerbe

8.7.1 Aufsichtskommission

(Amtsperiode 2006 – 2010)

Peter Lüscher, Vorsitzender der Geschäftsleitung AIHK, *Präsident*
Dr. Peter Birrer, Präsident des Verwaltungsrates der Kistenfabrik AG,
Merenschwand

Urs Forster, Mitglied des Verwaltungsrates der Stoll Giroflex AG,
Koblenz
Hanspeter Koch, Geschäftsführender Partner der perinnova GmbH,
Aarau
Markus Suter, Leiter Personalwesen der Müller Martini Druckverarbeitungs-Systeme AG, Zofingen

8.7.2 Kontrollstelle

seco – Direktion für Arbeit, Bern

8.7.3 Geschäftsstelle, Entfelderstrasse 11, 5001 Aarau

Peter Breidenbach, *Kassenleiter*

8.8 Paritätische Kommission für Angestelltenfragen

a) Arbeitgebervertreter

Hanspeter Koch, Aarau
Peter Lüscher, Aarau
Thomas Mauchle, Aarau
Urs Müller, Killwangen
Regula Zimmerli, Aarau
2 Sitze vakant

b) Arbeitnehmervertreter

KV Aargau
Bruno Breitschmid, Wohlen
Rolf Meier, Gebenstorf
Caroline Moekotte Roellin, Lenzburg
1 Sitz vakant

Schweizerische Kader-Organisation, Aargau

Regina Ammann Schoch, Nussbaumen
René Werder, Lupfig
Markus Wernli, Gipf-Oberfrick

9 Aargauische Wirtschaftszahlen

1. Allgemeine Daten

1.1 Wohnbevölkerung

Bezirk	Einwohner am 31. 12. 2004			Einwohner am 31. 12. 2005			Einwohner am 31. 12. 2006		
	Schweizer	Ausländer	Total	Schweizer	Ausländer	Total	Schweizer	Ausländer	Total
Aarau	52159	13704	65863	52536	13946	66482	53098	14007	67105
Baden	90410	30661	121071	90821	31275	122096	91818	31892	123710
Bremgarten	52378	12305	64683	52526	12464	64990	53118	12611	65729
Brugg	35860	9275	45135	35806	9370	45176	36012	9394	45406
Kulm	28857	7748	36605	28842	7858	36700	28935	7946	36881
Laufenburg	23168	3844	27012	23467	4002	27469	23709	4166	27875
Lenzburg	38983	8980	47963	39414	9187	48601	40030	9231	49261
Muri	25911	3559	29470	26103	3686	29789	26389	3702	30091
Rheinfelden	32105	7699	39804	32512	7922	40434	32949	7976	40925
Zofingen	48788	11584	60372	48996	11893	60889	49569	11924	61493
Zurzach	23976	7115	31091	23839	7189	31028	23782	7231	31013
Kanton Aargau	452595	116474	569069	454862	118792	573654	459409	120080	579489

1.2 Entwicklung des Volkseinkommens

Jahr	Volkseinkommen			Volkseinkommen pro Kopf	
	Schweiz (in Mio. Fr.)	Kanton Aargau (in Mio. Fr.)	Anteil des Kantons Aargau (in %)	Schweiz (in Fr.)	Kanton Aargau (in Fr.)
1995	300819	22533	7,5	42483	42890
1996	305778	22835	7,5	43034	43177
1997	320167	23049	7,2	45009	43411
1998	328812	23978	7,3	46105	44970
1998*	341311	24343	7,1	47857	45654
1999*	345686	24728	7,2	48235	46070
2000*	362293	26543	7,3	50255	49112
2001*	355840	27336	7,7	48844	49908
2002*	356589	26782	7,5	48562	48395
2003*	380123	26843	7,0	51333	48330
2004**	392285	27126	6,9	52627	48153
2005**	405300	27913	6,9	54031	49209

* nach ESVG 95 angepasste Werte

** provisorische Werte

1.3 Komponenten des Volkseinkommens

Anteile der einzelnen Komponenten in %

Jahr	Kanton Aargau			Schweiz		
	Primäre Einkommen private Haushalte	Öffentliche Haushalte	Kapitalgesellschaften	Primäre Einkommen private Haushalte	Öffentliche Haushalte	Kapitalgesellschaften
1990	90,4	5,0	4,6	87,4	4,4	8,3
1995	90,2	5,8	4,0	88,0	5,0	7,1
1996	90,7	5,7	3,5	87,6	4,8	7,5
1997	89,8	5,7	4,5	84,9	4,8	10,3
1998	89,9	5,8	4,3	84,2	4,8	11,1
1998*	95,4	-0,2	4,8	87,7	-0,6	12,8
1999*	95,6	-0,2	4,6	87,9	-0,5	12,6
2000*	95,7	-0,2	4,4	89,2	-0,1	11,0
2001*	96,3	-0,2	3,9	92,0	-0,3	8,4
2002*	96,6	-0,4	3,8	91,6	-0,6	9,0
2003*	95,1	-0,2	5,2	85,1	-0,3	15,3
2004**	94,5	-0,2	5,7	83,7	-0,2	16,5
2005**	94,4	0,0	5,5	83,4	-0,1	16,7

* nach ESVG 95 angepasste Werte

** provisorische Werte

1.4 Aussenhandel (Kanton Aargau/Schweiz)

Jahr	Aargau			Schweiz		
	Ausfuhr in Mio. Fr.	Einfuhr in Mio. Fr.	Handelsbilanz-Saldo in Mio. Fr.	Ausfuhr in Mio. Fr.	Einfuhr in Mio. Fr.	Handelsbilanz-Saldo in Mio. Fr.
1990	5179	8590	-3411	88257	96611	- 8354
1995	5920	9322	-3402	96236	94483	1753
1996	6019	9415	-3396	98589	96664	1925
1997	6361	10252	-3891	110417	110087	330
1998	6717	11306	-4589	114055	115847	-1792
1999	7557	12563	-5006	120725	120057	668
2000	8506	13806	-5300	136015	139402	-3387
2001	8602	13701	-5099	138492	141889	-3397
2002	8092	13404	-5312	136523	130193	6330
2003	7546	13511	-5965	135405	129743	5662
2004	7998	14113	-6115	147388	138778	8610
2005*	8458	15214	-6756	162991	157544	5447
2006	9467	20598	-11131	184887	177260	7627
2007	11065	25794	-14729	206009	193017	12992

* Mit der Übernahme internationaler Normen enthalten die Aussenhandelszahlen ab 2005 auch den Handel von elektrischem Strom, die Retourwaren und den Lohnveredlungsverkehr

1.5 Spartätigkeit und Hypothekaranlagen im Kanton Aargau (in Mio. Fr.)

Jahr	Spar- einlagen	Depositen- und Einlagenhefte	Kassen- obligationen	Hypothekar- anlagen
1985	8710	2151	4788	15577
1990	9723	2872	8297	26406
1995	16283	5248	7109	34956
1996	17416	5444	6053	36254
1997	18365	5298	5133	38293
1998	18159	5264	4468	39867
1999	17489	5879	3715	40460
2000	15407	5548	3992	42453
2001	15534	6002	4195	44105
2002	16887	6615	-	48219
2003	18789	7053	-	51434
2004*		26692	-	53370
2005		27778	-	56203
2006		26899	-	57657

* ab 2004 werden die Zahlen der 1. und 2. Spalte nicht mehr einzeln veröffentlicht

2. Betriebe

2.1 Anzahl Betriebe im sekundären Sektor nach Branchen und Bezirken (Betriebszählung 2005)*

	Aarau	Baden	Bremgarten	Brugg	Kulm	Laufenburg	Lenzburg	Muri	Rheinfelden	Zofingen	Zurzach	Kanton Aargau
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	8	23	12	6	15	8	17	18	6	9	7	129
Textilien und Bekleidung	21	15	11	5	5	2	12	3	4	30	2	110
Lederwaren und Schuhe	1	0	0	2	3	1	6	0	0	0	1	14
Holzbe- und -verarbeitung	26	55	54	26	33	21	40	41	28	61	35	420
Papier, Verlag und Druck	51	67	42	15	24	7	34	11	17	28	13	309
Chemie	5	13	9	3	0	4	7	6	2	14	3	66
Gummi- und Kunststoffwaren	6	11	16	6	7	4	10	12	6	3	6	87
Nichtmet. Mineralien	14	16	10	6	6	6	8	4	7	10	3	90
Metallbe- und -verarbeitung	50	118	65	50	72	22	75	58	25	64	39	638
Maschinenbau	31	52	36	23	24	16	38	32	17	38	23	330
El. Geräte, Feinmechanik	35	137	38	27	19	11	28	17	21	28	15	376
Fahrzeugbau	5	6	5	1	2	0	4	1	3	5	1	33
Sonst. verarbeitendes Gewerbe	42	53	20	19	18	10	27	12	10	33	29	273
Energie- und Wasserversorgung	5	12	5	5	1	5	1	3	1	4	3	45
Baugewerbe	262	510	310	187	195	130	264	195	187	301	172	2713
Übrige	3	5	2	3	0	2	4	1	1	2	3	26
Total	565	1093	635	384	424	249	575	414	335	630	355	5659

* Angaben inkl. Verwaltungseinheiten und private Organisationen ohne Erwerbszweck

2.2 Anzahl Betriebe im tertiären Sektor nach Branchen und Bezirken (Betriebszählung 2005)*

	Aarau	Baden	Bremgarten	Brugg	Kulm	Laufenburg	Lenzburg	Muri	Rheinfelden	Zofingen	Zurzach	Kanton Aargau
Handel, Reparaturen	561	1104	580	295	316	194	540	246	284	606	257	4983
Gastgewerbe	156	272	135	114	93	63	108	76	77	139	83	1316
Verkehr, Nachrichtenübermittl.	93	168	101	66	51	50	105	53	63	96	62	908
Kredit- und Versicherungsgewerbe	44	76	39	14	8	13	16	16	12	27	7	272
Immob.wesen, Informatik, F + E	624	1334	588	352	201	194	388	184	266	420	188	4739
Öffentl. Verwaltung, Landesverteid.	19	29	26	33	19	25	22	22	16	21	24	256
Unterrichtswesen	55	73	33	33	21	11	31	11	19	25	14	326
Gesundheits- und Sozialwesen	254	304	137	116	87	46	93	40	91	128	64	1360
Übrige	232	335	166	120	102	66	128	80	96	158	78	1561
Total	2038	3695	1805	1143	898	662	1431	728	924	1620	777	15721

* Angaben inkl. Verwaltungseinheiten und private Organisationen ohne Erwerbszweck

3. Im Handelsregister eingetragene Firmen (Kanton Aargau)

	31. 12. 95	31. 12. 00	31. 12. 05	31. 12. 06	31. 12. 07
Einzelfirmen	8198	8620	10290	10210	9856
Kollektivgesellschaften	1010	999	874	873	840
Kommanditgesellschaften	210	188	169	166	155
Aktiengesellschaften	8704	8884	8970	8916	9026
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	757	3249	5577	5984	6464
Genossenschaften	900	840	723	687	653
Institute und Körperschaften des öffentlichen Rechts	15	16	-	-	-
Vereine	119	158	211	225	233
Stiftungen	1323	1195	1081	1064	1059
Zweigniederlassungen:					
a) schweizerische Firmen	437	412	428	423	420
b) ausländische Firmen	21	47	52	55	63
Total	21694	24608	28375	28603	28769

4. Beschäftigungsstruktur

4.1 Entwicklung der Erwerbstätigen nach Sektoren und Bezirken (Volkszählung)

	1990											
	Aarau	Baden	Bremgarten	Brugg	Kulm	Laufenburg	Lenzburg	Muri	Rheinfelden	Zofingen	Zurzach	Kanton Aargau
Sektor 1	528	1044	918	768	790	743	689	1387	581	993	681	9122
Sektor 2	11305	18551	11389	7139	7895	5131	8967	4391	7211	12986	5719	100684
Sektor 3	20330	39307	17222	13137	7861	4940	11867	6143	8678	13710	7689	150884
Nicht zuteilbar	828	1952	1101	740	492	367	770	332	713	975	512	8782
Total	32991	60854	30630	21784	17038	11181	22293	12253	17183	28664	14601	269472

	2000											
	Aarau	Baden	Bremgarten	Brugg	Kulm	Laufenburg	Lenzburg	Muri	Rheinfelden	Zofingen	Zurzach	Kanton Aargau
Sektor 1	614	1144	777	979	592	647	682	1044	548	757	646	8430
Sektor 2	8585	15833	9097	5996	6474	4607	7394	4364	5772	9989	4918	83029
Sektor 3	20132	38633	19267	13313	8844	6451	13563	7879	10717	16362	8088	163249
Nicht zuteilbar	3656	7633	4273	2587	2152	1478	2768	1766	2044	3462	1802	33621
Total	32987	63243	33414	22875	18062	13183	24407	15053	19081	30570	15454	288329

Quelle: Datenbank Statistisches Amt des Kantons Aargau

4.2 Anzahl Beschäftigte* im sekundären Sektor nach Branchen und Bezirken (Betriebszählung 2005)**

	Aarau	Baden	Bremgarten	Brugg	Kulm	Laufenburg	Lenzburg	Muri	Rheinfelden	Zofingen	Zurzach	Kanton Aargau
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	1990	919	197	236	178	131	933	160	421	375	285	5825
Textilien und Bekleidung	234	52	155	14	130	51	99	14	39	525	15	1328
Lederwaren und Schuhe	2	0	0	37	6	10	115	0	0	0	1	171
Holzbe- und -verarbeitung	173	283	384	147	140	210	285	151	216	259	287	2535
Papier, Verlag und Druck	895	1161	382	602	261	111	546	103	278	1612	86	6037
Chemische Industrie	604	283	604	37	95	1553	150	282	3347	1246	52	8253
Gummi- und Kunststoffwaren	399	421	1112	95	394	41	409	685	221	101	97	3975
Nichtmet. Mineralien	39	315	102	210	132	206	265	27	72	209	18	1595
Metallbe- und -verarbeitung	745	1078	591	726	1688	369	720	497	225	1325	309	8273
Maschinenbau	486	1163	740	353	661	727	1163	754	388	1476	151	8062
El. Geräte, Feinmechanik	1827	8248	458	920	129	78	755	125	144	322	214	13220
Fahrzeugbau	21	35	58	2	25	0	11	5	179	46	6	388
Sonst. verarbeitendes Gewerbe	368	403	97	158	218	62	168	49	91	290	731	2635
Energie- und Wasserversorgung	282	692	90	1114	25	145	125	42	51	89	1044	3699
Baugewerbe	3719	4304	2077	1629	1114	1401	1721	1211	1530	2573	1306	22585
Übrige	32	43	49	34	5	41	104	41	63	27	33	472
Total	11816	19400	7096	6314	5201	5136	7569	4146	7265	10475	4635	89053

* Voll- und Teilzeitbeschäftigte

** Angaben inkl. Verwaltungseinheiten und private Organisationen ohne Erwerbszweck

4.3 Anzahl Beschäftigte* im tertiären Sektor nach Branchen und Bezirken (Betriebszählung 2005)**

	Aarau	Baden	Bremgarten	Brugg	Kulm	Laufenburg	Lenzburg	Muri	Rheinfelden	Zofingen	Zurzach	Kanton Aargau
Handel, Reparaturen	6592	11951	4036	3011	1829	1193	4277	1387	1919	5577	1805	43577
Gastgewerbe	1329	2561	899	891	530	372	1147	416	787	1060	626	10618
Verkehr, Nachrichten- übermittlung	3459	2657	981	1279	646	486	2212	347	1304	1154	632	15157
Kredit- und Versicherungsgewerbe	1965	1348	433	628	206	170	355	159	260	390	167	6081
Immob.wesen, Informatik, F + E	3963	7015	2200	3489	686	857	2376	689	1680	2168	624	25747
Öffentl. Verwaltung, Landesverteidigung	3089	920	477	612	228	232	684	187	382	433	302	7546
Unterrichtswesen	2859	3543	1362	1512	594	485	1051	446	774	1167	575	14368
Gesundheits- und Sozialwesen	6471	5042	1881	2533	1422	762	1192	1109	2011	2976	1205	26604
Übrige	2197	1966	743	815	399	299	630	306	411	664	372	8802
Total	31924	37003	13012	14770	6540	4856	13924	5046	9528	15589	6308	158500

* Voll- und Teilzeitbeschäftigte

** Angaben inkl. Verwaltungseinheiten und private Organisationen ohne Erwerbszweck

5. Arbeitsmarkt

5.1 Arbeitslose, Stellensuchende, offene Stellen

	Arbeitslose		Stellensuchende		offene Stellen	
	Aargau	Schweiz	Aargau	Schweiz	Aargau	Schweiz
1995*						
Dezember	8862	157115	8302	174883	262	5401
2000						
Dezember	3967	69724	6456	115732	1169	10817
2005						
Dezember	9970	151764	14680	220999	506	7341
2006						
Dezember	8185	128580	12398	192156	703	10072
2007						
Januar	8401	131057	12434	193176	848	12062
Februar	8228	126395	12259	188902	802	13253
März	7858	117915	11834	180298	947	13643
April	7461	112829	11383	173806	991	13537
Mai	7101	106200	10970	165843	1051	13339
Juni	6669	99781	10507	158677	1063	13343
Juli	6645	99779	10353	157068	1029	13503
August	6691	100757	10297	156235	991	13091
September	6653	99681	10174	154395	987	13601
Oktober	6756	102039	10345	157458	974	14273
November	6962	104820	10486	161214	1144	13766
Dezember	7188	109012	10647	164838	1010	11420

* Stellensuchende und offene Stellen 1995 = Jahresdurchschnittswerte

Jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote 2007 = 2,8 % (2006: 3,3 %)

5.2 Entwicklung der Arbeitszeitbewilligungen (Kanton Aargau)

Erteilte Bewilligungen seco

Bewilligungen		betroffene Arbeitnehmer		
		Nachtarbeit	Sonntagsarbeit	Ununterbrochener Betrieb
1995	348	1544	251	789
1996	466	2113	407	1080
1997	488	2270	540	1440
1998	497	2312	457	1206
1999	572	3347	867	953
2000	467	3241	878	1018
2001	439	4924	1131	1081
2002	371	4903	1345	784
2003	398	8153	1596	999
2004	507	8218	1867	1196
2005	653	9638	3129	1252
2006	229	4072	1363	374
2007	213	5851	1512	1497

Erteilte Bewilligungen AWA

Bewilligungen		betroffene Arbeitnehmer		
		Nachtarbeit	Sonntagsarbeit*	Ununterbrochener Betrieb
1995	1296	2602	5728	27
1996	1787	2371	9145	74
1997	2190	2007	11894	74
1998	2087	1698	10616	74
1999	2129	2984	9219	74
2000	2020	3143	11579	93
2001	1697	2105	13064	110
2002	1357	1941	11103	18
2003	1272	2041	11013	104
2004	1165	2736	11349	56
2005	1235	2686	11884	18
2006	1175	2074	11239	6
2007	1130	2462	12291	-

* inkl. Sonntagsarbeit zwecks Weihnachtsverkauf

5.3 Lehrverhältnisse (Ende 2006)* (Kanton Aargau)

	Neu vereinbarte Lehrverhältnisse	Gesamtbestand Lehrverhältnisse
Landwirtschaft, Gartenbau, Forstwirtschaft	324	689
Nahrungsmittel und Getränke	152	388
Textilherstellung, -verarbeitung und -veredelung	50	127
Holz- und Korkbearbeitung	212	613
Papierherstellung und -verarbeitung	15	28
Grafisches Gewerbe	74	248
Lederherstellung und -verarbeitung	5	13
Chemische Industrie	18	52
Kunststoffherstellung und -verarbeitung	8	40
Stein-, Erden- und Glasverarbeitung	11	22
Metallherstellung und -bearbeitung, Maschinenbau	1448	4162
Schmuckherstellung	1	5
Baugewerbe	255	608
Malerei	101	334
Produktionsarbeiter (soweit nicht an anderer Stelle eingeordnet)	8	34
Technische Fachkräfte und Hilfsberufe	267	820
Büroberufe	939	2532
Verkaufsberufe	697	1994
Lastwagenführer	27	55
Gastgewerbe und Hauswirtschaft	378	736
Reinigung, Gebäudewartung und Kleiderpflege	19	51
Körperpflege	204	437
Berufe der Heilbehandlung	317	838
Künstlerische und verwandte Berufe	11	29
Übrige	332	617
Total	5873	15066

* neue Zahlen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor

5.4 Lehrabschlüsse (2006)* (Kanton Aargau)

	Prüflinge			Durchgefallen
	männlich	weiblich	Total	Total
Büroberufe	352	658	1010	122
Verkaufsberufe	155	488	643	67
Gewerblich-industrielle Berufe	2191	963	3154	309
Total	2698	2109	4807	498

* neue Zahlen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor

6. Bautätigkeit

6.1 Entwicklung der Bautätigkeit (in Mio. Fr.) (Kanton Aargau)

	Öffentlicher Bau		Privater Bau			Total
	Tiefbau	Hochbau	Wohnungsbau	Industrie- und Gewerbebau	Übriger privater Bau	
1990	513	373	1483	921	282	3572
1995	580	348	1919	654	295	3796
2000	529	335	1459	514	226	3063
2001	443	318	1368	536	173	2838
2002	494	268	1438	545	205	2950
2003	478	349	1512	378	229	2946
2004	519	326	1766	443	243	3298
2005	527	344	1935	525	207	3539
2006	546	459	1864	514	201	3584

6.2 Bautätigkeit 2006 nach Bezirken (in Mio. Fr.)

Bezirk	Öffentlicher Bau		Privater Bau			Total
	Tiefbau	Hochbau	Wohnungsbau	Industrie- und Gewerbebau	Übriger privater Bau	
Aarau	23	26	216	62	24	351
Baden	76	137	407	113	23	756
Bremgarten	20	19	199	28	31	297
Brugg	20	168	118	48	6	360
Kulm	13	9	87	18	9	136
Laufenburg	13	7	118	55	12	205
Lenzburg	22	12	219	27	12	292
Muri	10	8	120	29	14	181
Rheinfelden	26	24	152	44	9	255
Zofingen	46	31	161	74	16	328
Zurzach	20	6	67	16	28	137
Nicht zuteilbar	257	12	–	–	17	286
Total	546	459	1864	514	201	3584

7. Öffentlicher Haushalt

7.1 Laufende Einnahmen des Kantons (Artengliederung nach Kontengruppen)

	2003 (Mio. Fr.)	2004 (Mio. Fr.)	2005 (Mio. Fr.)	2006 (Mio. Fr.)
Steuern	1762,4	1823,2	1885,6	2018,4
Regalien und Konzessionen	60,8	56,3	77,5	59,8
Vermögenserträge	163,7	167,2	1083,5	229,4
Entgelte	685,6	297,1	238,5	262,5
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	220,9	255,2	229,7	245,5
Rückerstattungen von Gemeinwesen	90,5	96,7	72,3	81,2
Beiträge für eigene Rechnung	370,6	349,5	324,1	480,0
Durchlaufende Beiträge	199,0	282,2	306,1	258,8
Entnahmen und Spezialfinanzierungen	23,4	928,3	24,5	38,5
Interne Verrechnungen	191,6	225,4	213,8	283,6
Total	3768,5	4481,1	4455,6	3957,7

7.2 Laufende Ausgaben des Kantons (Artengliederung nach Kontengruppen)

	2003 (Mio. Fr.)	2004 (Mio. Fr.)	2005 (Mio. Fr.)	2006 (Mio. Fr.)
Personalaufwand	1562,0	2168,3	1190,4	1275,1
Sachaufwand	424,3	238,5	220,7	250,6
Passivzinsen	63,5	77,5	70,5	64,6
Abschreibungen	28,1	41,5	31,0	63,6
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	39,3	38,8	46,0	44,3
Entschädigungen an Gemeinwesen	114,2	103,4	170,8	172,1
Eigene laufende Beiträge	885,3	1040,3	1056,9	1165,5
Durchlaufende Beiträge	199,0	282,2	306,1	258,8
Einlagen in Spezialfinanzierungen	48,4	33,6	920,7	133,4
Interne Verrechnungen	191,6	225,4	213,8	283,6
Total	3555,7	4249,5	4226,9	3711,6

7.3 Ausgaben des Kantons (funktionale Gliederung)

	2003 (Mio. Fr.)	2004 (Mio. Fr.)	2005 (Mio. Fr.)	2006 (Mio. Fr.)
Allgemeine Verwaltung	172,4	174,2	187,6	197,3
Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei und Feuerwehr	279,2	280,4	284,1	298,7
Bildung	1206,1	1147,9	1163,0	1277,6
Kultur und Freizeit	35,4	27,0	29,9	29,0
Gesundheit	733,1	419,5	404,5	384,5
Soziale Wohlfahrt	591,3	625,8	636,8	672,6
Verkehr	352,1	359,9	392,6	419,6
Umwelt, Raumordnung	73,5	94,4	63,1	87,2
Volkswirtschaft	166,4	168,3	165,4	167,1
Finanzen und Steuern	353,1	1359,4	1290,0	592,8
Total	3962,6	4656,8	4617,0	4126,4

7.4 Verwaltungsrechnung des Kantons

	2003 (Mio. Fr.)	2004 (Mio. Fr.)	2005 (Mio. Fr.)	2006 (Mio. Fr.)
Laufende Rechnung				
Ausgaben	3555,7	4249,5	4226,9	3711,6
Einnahmen	3768,5	4481,1	4455,6	3957,7
Einnahmenüberschuss	212,8	231,6	228,7	246,1
Investitionsrechnung				
Ausgaben	406,9	407,3	390,0	414,7
Einnahmen	195,1	200,3	192,2	210,8
Nettoinvestitionen	-211,8	-207,0	-197,8	-203,9
Verwaltungsrechnung				
Ausgaben	3962,6	4656,8	4617,0	4126,4
Einnahmen	3963,5	4681,4	4647,8	4168,4
Gesamtüberschuss	0,9	24,6	30,8	42,0